

Jürgen Schmidt

Zivilgesellschaft und nicht-bürgerliche Trägerschichten

Das Beispiel der frühen deutschen Arbeiterbewegung (ca. 1830-1880)

Discussion Paper Nr. SP IV 2004-502

ISSN 1612-1643

Jürgen Schmidt ist Historiker und wissenschaftlicher Mitarbeiter der Arbeitsgruppe Zivilgesellschaft: historisch-sozialwissenschaftliche Perspektiven“
Jürgen Schmidt is historian and Research Fellow at the working group “Civil Society: Historical and Comparative Perspectives”

INHALT

I.	Einführung	1
II.	Die frühe Sozialdemokratie als Akteur des „dritten Sektors“? – Bereichslogische Herangehensweisen	5
1.	Das Verhältnis von Staat und Arbeiterbewegung als zivil- gesellschaftlicher Akteur	5
2.	Das Verhältnis von Wirtschaft und Arbeiterbewegung als zivil- gesellschaftlicher Akteur	10
3.	Das Verhältnis von Privatsphäre und Arbeiterbewegung als zivilgesellschaftlicher Akteur	13
III.	Die frühe Sozialdemokratie als Ort gelebter Zivilität? – Handlungs- logische Herangehensweise	16
1.	Emanzipation und Partizipation	16
2.	Demokratische Strukturen – innerorganisatorische Demokratie	24
3.	Soziales Verhalten im öffentlichen Raum	26
4.	Exklusion/Inklusion	28
IV.	Arbeiterbewegung und Zivilgesellschaft – Zusammenfassung und Ausblick	31
1.	Zusammenfassung	31
2.	Chancen und Probleme bei der Verwendung des Zivilgesellschafts- begriffs für die Analyse der Arbeiterbewegung	34
3.	Konsequenzen für den Zivilgesellschaftsbegriff	38
V.	Quellen- und Literaturverzeichnis	43
1.	Quellen	43
2.	Literatur	44

I. Einführung¹

Zivilgesellschaft und nichtbürgerliche Trägerschichten – noch in seiner Negation macht der Titel des „discussion papers“ die enge semantische wie inhaltliche Verknüpfung von Zivilgesellschaft und Bürgertum greifbar. Angesichts zahlreicher Belege für zivilgesellschaftliches Engagement von Seiten des Bürgertums, angesichts der (modernen) Herkunft des Begriffs Zivilgesellschaft aus der bürgerlichen Aufklärung scheint es auf den ersten Blick für das 19. Jahrhundert wenig Raum für andere soziale Gruppen als Träger und Akteure der Zivilgesellschaft zu geben. Adel, Bauern, Arbeiter, Unterschichten bleiben scheinbar außen vor. Dem liegt vor allem ein semantisches Problem zu Grunde. Zivilgesellschaft ist kein Wort des deutschen Sprachraums im 19. Jahrhundert.² In keiner Enzyklopädie, in keinem Lexikon jener Zeit findet sich der Begriff. Meyers Konversations-Lexikon aus dem Jahr 1842 hält als begriffliches Umfeld lediglich die Lemmata „Civil“, „Das Civile“, sowie „Civilis“ bereit. „Civil“ steht demnach für „den Bürgerstand betreffend“, „gesittet, gebildet human“, aber auch für „wohlfeil, billig“, also im Sinne „ziviler Preise“. Das „Civile“ wiederum steht nach Meyers Lexikon für „die Gesamtheit der Civilisation im Gegensatz zum Militär“. Außerdem werden die Leser auf „vgl. bürgerliche Kleidung“ verwiesen. Für „civilis“ schließlich sahen die Autoren von Meyers Lexikon einerseits eine enge Definition vor, nämlich „Alles, was die Bürger in Rom betrifft“, sowie eine allgemeine Bedeutung: „überhaupt den Bürger Angehendes.“³ Hätten die Autoren des Lexikons „Civil“ und „Gesellschaft“ zusammen gedacht, wäre Zivilgesellschaft und Bürgergesellschaft in eins gefallen. Der Bedeutungsgehalt des Begriffes hinge entsprechend von der Definition des Begriffes „Bürger“ ab. Diesen Konnotationen und Differenzierungen (vom „bourgeois“ bis zum Staatsbürger) ist in der Bürgertumsforschung zur Genüge nachgegangen worden und wird hier nicht weiter verfolgt.⁴ Deut-

¹ Ich danke Manfred Gailus, Gebhard Glock, Dieter Gosewinkel, Ute Hasenöhr, Jürgen Kocka, Martin Lengwiler, Sven Reichardt, Susanne-Sophia Spiliotis, Franka Schneider und Nina Verheyen für Anregungen und Hinweise.

² Es finden sich lediglich die Begriffe Bürgergesellschaft oder bürgerliche Gesellschaft. Vor allem der letztere Begriff in der auf Marx zurückgehenden Bedeutung ist jedoch nicht als Synonym zum heutigen Zivilgesellschaftsbegriff zu sehen. Siehe zur Begriffsgeschichte Colas, *Civil Society*, 1997, S. 263-288, 294-306; Kocka, *Zivilgesellschaft*, 2000, bes. S. 14-18; Kocka, *Zivilgesellschaft*, 2001, S. 4-21; hier S. 5-9; Riedel, *Gesellschaft, bürgerliche*, 1979, S. 719-800, bes. S. 771 ff. (Sämtliche Literaturangaben enthalten den Nachnamen des Verfassers, einen Kurztitel sowie das Erscheinungsdatum. Die genauen bibliographischen Angaben finden sich im Quellen- und Literaturverzeichnis).

³ Meyers *Conversations-Lexikon*, Abt. 1, Bd. 7,2, 1842, S. 773. Diese Begriffsumschreibungen finden sich auch noch in der Auflage aus dem Jahr 1908.

⁴ Riedel, *Bürger*, 1979, Bd. 1, S. 672-725; vgl. als Überblick Kocka (Hg.), *Bürgertum*, 1995 sowie jüngst Schäfer, *Bürgertum*, 2003.

lich kam aber in den knappen Erläuterungen zu „civil“ bereits die Vielfalt zum Ausdruck, die für den Zivilgesellschaftsbegriff selbst so kennzeichnend ist. Der Verweis auf die Bürger Roms sowie die Formel „überhaupt den Bürger Angehendes“ implizierten staatsbürgerliche Vorstellungen von Partizipation und Emanzipation. Die aufgelisteten Eigenschaften und die Abgrenzung vom Militär kennzeichnen bürgerliche Tugenden und Formen von Zivilität.⁵ Bereits im Begriff „civil“ zeigt sich demnach die begriffliche Nähe von Bürgertum, Bürgerlichkeit, Bürgergesellschaft und Zivilgesellschaft für die Zeitgenossen des 19. Jahrhunderts⁶ – ohne den Begriff Zivilgesellschaft selbst verwendet zu haben.

Neben die Einsicht der engen historischen Verflechtung von Bürgertum und Zivilgesellschaft trat zunehmend die Erkenntnis, dass zivilgesellschaftliches Handeln und zivilgesellschaftliche Organisationen sich keineswegs allein auf die Sozialformation Bürgertum beschränkten. Die Verschiebung und Ausweitung der Trägergruppen des Zivilgesellschaftsgedankens wird in jüngster Zeit verstärkt untersucht und thematisiert. Am Beispiel des Adels sind erste Schritte unternommen worden,⁷ an die Welt der Bauern, an die ländliche Gesellschaft, hat sich noch kaum jemand herangewagt.⁸ Ich versuche mich im Folgenden am Beispiel der Arbeiterschaft, speziell an der mit der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung verbundenen Arbeiterschaft des 19. Jahrhunderts dieser Thematik zu nähern.⁹

In die programmatische Diskussion der SPD und in die Äußerungen ihrer führenden Vertreter hielt der Begriff der Zivilgesellschaft in den letzten Jahren verstärkt Einzug. Definiert und verwendet wird der Begriff dabei vor allem in zwei Richtungen: Zum einen streichen die Redner den Aspekt der Selbstverantwortung und der Selbstständigkeit heraus, zum anderen betonen sie die emanzipatorischen und partizipatorischen Aspekte des Begriffs: „Unter diesen Bedingungen [einer sich wandelnden Welt und Wirtschaft im Zeichen der Globalisierung, JS] wird die Zivilgesellschaft zum wichtigsten Ort der sozialen Teilhabe. In ihr muss die Identifikation geschaffen werden, die den Einzelnen an die Werte und Ziele der Gesellschaft bindet. Den Bürgern wird in dieser Zivilgesellschaft ein Stück Subsidiarität und Selbstbestimmung zurückgegeben. Das verlangt die Bereitschaft zur Eigenverantwortung, aber es verlangt auch einen Staat, der sich darauf konzentriert, die Bedin-

⁵ Kocka, Nachwort: Zivilgesellschaft, 2003, S. 429-439, hier S. 435 f. Vgl. begriffsgeschichtlich zur allgemeinen Bedeutung von Zivilität und Zivilisation Keane, Civil Society, 1998, S. 120 f.; Elias, Prozeß der Zivilisation ⁸1981/82 (1939).

⁶ Vgl. die bei Hettling/Hoffmann (Hg.): Bürgerliche Wertehimmel, 2000, beschriebenen Werte, Normen und Tugenden.

⁷ Mesenhöller, Zivilgesellschaft und Ständegesellschaft, 2003, S. 131-160.

⁸ Siehe jetzt Abbott, The Village, 2000, bes. S. 223 f.

⁹ Erste Schritte zur Analyse der Arbeiterbewegung unter zivilgesellschaftlichen Fragestellungen bei Lieske, Bildung, 2003, S. 105-130; Welskopp, „Manneszucht“, 2004; Welskopp, Banner, 2000. Auf sozialwissenschaftlicher Ebene stärker mit Bezug auf die Rolle der Arbeiterklasse bei der Durchsetzung der Demokratie siehe Rueschemeyer/Stephens/Stephens, Capitalist Development, 1992.

gungen für Gerechtigkeit zu schaffen [...]“.¹⁰ Der Zivilgesellschaft wird ein „Konfliktbewältigungspotenzial“ zugeschrieben.¹¹

Geradezu selbstverständlich wird der Begriff der Zivilgesellschaft dabei auf die historische Formation der Arbeiterbewegung übertragen. Detlef Ruffert schrieb anlässlich des 140jährigen Gründungsjubiläums des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins (ADAV) im Mai 2003: „Das, was wir heute Bürger- und Zivilgesellschaft nennen, ist in der Idee der Sozialdemokratie immer schon grundlegender Bestandteil gewesen.“¹² Toposartig taucht diese Formulierung – vor allem im Zusammenhang mit dem 140jährigen Jubiläum der Sozialdemokratie – auf. In einem Leser-Brief auf der Homepage der SPD Bad Neuenahr-Ahrweiler heißt es: „Der Begriff ‚Bürger- und Zivilgesellschaft‘, der heute in der sozialwissenschaftlichen Diskussion Konjunktur hat, war in der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung schon soziale Wirklichkeit geworden. Die Visionen einer solidarischen Gesellschaft und die Erfahrungen einer Solidargemeinschaft motivierten zahlreiche ‚Aktivproletarier‘ in einer ungerechten Gesellschaft, selbstlos und opferbereit für eine bessere Gesellschaft zu kämpfen.“¹³ Zivilgesellschaft nimmt hier die Bedeutung der besseren Gesellschaft an.

Die Vorreiterrolle der Sozialdemokratie für eine bessere Gesellschaft wird nicht nur in innerparteilichen Kreisen herausgestrichen, auch zivilgesellschaftliche Akteure der Gegenwart erkennen die Rolle der frühen Arbeiterbewegung an. Je nach politischem Lager mit unterschiedlichen Akzenten, insgesamt jedoch positiv. In Österreich knüpfte das zivilgesellschaftliche Netzwerk „Demokratische Offensive“ mit seinen Forderungen nach zivilgesellschaftlichem Engagement gegen die „Bedrohung der Demokratie“ direkt an die frühe Arbeiterbewegung an, die soziales Handeln mit demokratischem Handeln verbunden habe.¹⁴ In der Zeitschrift „Sand im Getriebe“ taucht die Arbeiterbewegung des 19. Jahrhunderts ebenfalls als positiver Referenzpunkt auf. Ihr Engagement sei vom Kampf für zivile Standards sowie durch eine internationale Ausrichtung gekennzeichnet gewesen.¹⁵

¹⁰ So dezidiert-programmatisch bei Schröder, Die zivile Bürgergesellschaft, 2000, S. 204; siehe auch Schröder/Kocka/Neidhardt (Hg.), Progressive Governance, 2002.

¹¹ Vgl. die scharfe Kritik von Brodtkorb, Repressive Modernisierung, 2000, S. 459-462.

¹² Detlef Ruffert, 24.5.2003, in: www.spd-marburg.de.

¹³ www.spd-bna.de/Leserbriefe/140_jahre/body_140_jahre.html, Mai 2003. Siehe auch Horst Heilmann: Brot und Freiheit, in: Der Vorwärts, 6. Mai 2003.

¹⁴ „Doch so wie vor hundert Jahren am Ausgangspunkt der Erfolgsgeschichte der klassischen Arbeiterbewegung die unauflöslche Verknüpfung der demokratischen mit der sozialen Frage stand, so befinden wir uns heute in einer ähnlichen Lage. Fortschritt der Freiheit und Verteidigung der sozialen Standards bedingen einander.“ (www.demokratische-offensive.at/opposition_bilden.html, November 2000).

¹⁵ Sand im Getriebe. Internationaler deutschsprachiger Rundbrief der Attac-Bewegung, Nr. 11/2002 vom 29.5.2002 (www.attac.de/rundbriefe/sandimgetriebe).

Wenn parteiintern, in der Öffentlichkeit, in der Forschung und von gegenwärtigen zivilgesellschaftlichen Akteuren der Arbeiterbewegung eine zivilgesellschaftliche Komponente zugesprochen wird,¹⁶ wenn sie geradezu als Zivilgesellschaftsakteur par excellence erscheint, wie lässt sie sich mit häufig anzutreffenden Modellen und Definitionen von Zivilgesellschaft fassen? Inwiefern trat sie als zivilgesellschaftliche Trägergruppe in Erscheinung? Ist die Charakterisierung und Zuschreibung der frühen Arbeiterbewegung als zivilgesellschaftlicher Akteur berechtigt? Entscheidend zur Beantwortung dieser Fragen ist, wie Zivilgesellschaft definiert wird. Hierfür bietet es sich an, auf zwei Definitionsangebote zurückzugreifen, die in der historischen und sozialwissenschaftlichen Forschung zwar nicht unumstritten, aber häufig zu finden sind. Zum einen wird Zivilgesellschaft als ein Sektor zwischen Staat, Wirtschaft und Privatsphäre (bereichsbezogene Definition) gesehen, zum anderen versteht man Zivilgesellschaft eher als eine Handlungsmaxime – verbunden mit (moralischen) zivilen Werten und Prinzipien (handlungslogische Definition).¹⁷ Beide Definitionen werden an den konkreten Untersuchungsgegenstand „frühe Arbeiterbewegung“ angelegt. Normative und deskriptiv-analytische Elemente und Vorstellungen des Zivilgesellschaftsbegriffs werden im Folgenden bewusst miteinander verknüpft, um die Vielfalt, die Einsatzmöglichkeiten und Ambivalenzen des Begriffes Zivilgesellschaft als Analyseinstrument deutlich zu machen.¹⁸ Die Analyse eines zivilgesellschaftlichen Akteurs des 19. Jahrhunderts wird so zum Test für die Tragfähigkeit von Definitionen der Zivilgesellschaft.¹⁹

Dafür wird in einem ersten Schritt die Arbeiterbewegung in ihrem Verhältnis zu Staat, Wirtschaft und Privatsphäre betrachtet (Kapitel II). Ein so verstandener Zivilgesellschaftsbegriff ist einerseits eng, da er sich stark auf Assoziationen und Vereine konzentriert, andererseits ist er besonders weit, da er zunächst frei von

¹⁶ Es ließe sich in weiteren Untersuchungen danach fragen, wie solche Einschätzungen zustande kommen, welche Vorstellungen von dem historischen Phänomen Arbeiterbewegung in den NGOs der Gegenwart präsent sind. Es ließe sich aus Sicht der heutigen Sozialdemokratie auch fragen, ob mit dem Begriff der Zivilgesellschaft programmatische Debatten über den Begriff des „demokratischen Sozialismus“ entschärft werden sollen oder ob ersterer als Alternative für letzteren gedacht war. Möglicherweise angesichts der kritischen internen Lage der SPD finden sich weder der Begriff Zivilgesellschaft noch der Begriff Bürgergesellschaft in Schröders Eröffnungsrede auf dem Parteitag in Bochum. Dafür hebt er den Begriff „soziale Demokratie“ als Synonym für demokratischen Sozialismus hervor (Rede des SPD-Parteivorsitzenden Gerhard Schröder, 17. November 2003, www.spd-parteitag.de). Welche Rolle der Begriff der Zivilgesellschaft nach dem Wechsel des Parteivorsitzes von Gerhard Schröder zu Franz Müntefering im Februar 2004 in der programmatischen Orientierung und praktischen Politik der SPD spielen wird, ist noch nicht abzusehen.

¹⁷ Vgl. Cohen/Arato, *Civil Society*, 1992, die „civil society“ als Sphäre zwischen Staat und Wirtschaft definieren, die Privatsphäre jedoch in die „civil society“-Definition einbeziehen (S. IX). Vor allem in der „Dritten-Sektor“-Forschung wird Zivilgesellschaft bereichslogisch zwischen Staat, Wirtschaft und Privatsphäre definiert (s. Braun, *Solidarität*, Ms. 2003, S. 3). Eine dezidiert bereichsbezogene Definition mit Abgrenzung zu Staat, Markt und Familie bei Pollack, 2003, S. 49-51. Zur handlungslogischen Definition siehe Kocka, *Zivilgesellschaft*, 2003, S. 32 f. Zusammenfassend: Bauerkämper, *Einleitung*, 2003, S. 9 f.

¹⁸ Siehe auch Kocka, *Zivilgesellschaft*, 2003, S. 31.

¹⁹ Vgl. zu dieser Vorgehensweise auch Hall, *In Search of Civil Society*, 1995, S. 2.

normativen Implikationen ausgeht und daher sowohl demokratische als auch antidemokratische, sowohl tolerante als auch repressive, sowohl „gute“ als auch „schlechte“ Zivilgesellschaften umfasst. Problematisiert wird in diesem Kapitel darüber hinaus, ob zum einen eine scharfe Grenzziehung zwischen den jeweiligen Sektoren und der Zivilgesellschaft überhaupt möglich ist, zum anderen, ob die umgebenden Bereiche von Staat, Wirtschaft und Privatsphäre nicht ihrerseits selbst konstitutiv auf zivilgesellschaftliche Akteure wirken können.

Selbst wenn es gelingt, mit Hilfe eines bereichsdefinierten Vorgehens zivilgesellschaftliche Akteure zu beschreiben und zu analysieren, müssen die Akteure – das Wort zeigt es bereits – in Form von Vereinigungen, Vergemeinschaftungen oder Vergesellschaftungen bereits aktiv geworden sein. Eine Definition von Zivilgesellschaft über die Bereichslogik setzt also bereits ein „Minimum“ an Handlung voraus. Eine strikte Trennung von bereichs- und handlungslogischer Definition ist in der Praxis nicht anzutreffen.

Für die Übersichtlichkeit der Darstellung sowie für die Modellbildung ist es jedoch durchaus nützlich, beide Definitionsebenen getrennt zu behandeln. Daher wird in Kapitel III zivilgesellschaftlichen Handlungslogiken nachgegangen. Es wird nach einer Kultur der Zivilgesellschaft gefragt werden, verstanden als ein Bündel an Lebens- und Verhaltensweisen, Einstellungen und Orientierungen, an deren konkreten Umsetzung sich die Verankerung zivilgesellschaftlicher Normen in der frühen Arbeiterbewegung bestimmen lässt. Das abschließende Kapitel IV zeigt mögliche Konsequenzen dieser Ergebnisse für die Arbeiter- wie für die Zivilgesellschaftsforschung auf.

II. Die frühe Sozialdemokratie als Akteur des „dritten Sektors“? – Bereichslogische Herangehensweisen

1. Das Verhältnis von Staat und Arbeiterbewegung als zivilgesellschaftlicher Akteur

Nähern wir uns dem Zusammenhang von Arbeiterbewegung und Zivilgesellschaft von der bereichslogischen Definition her – als Ort oder Raum zwischen Staat, Wirtschaft und Privatsphäre –, so treffen wir auf eine Vielzahl an Verschränkungen und Verknüpfungen, ja Paradoxien.²⁰ Lassen wir die Differenzierung nach politischen Strömungen bzw. organisatorischen Ausbildungen unberücksichtigt und betrachten

²⁰ Vgl. allgemein Alexander, *Citizen and Enemy*, 1998, hier S. 96 f.; Mouzelis: *Modernity, Late Development and Civil Society*, 1995, S. 224-249; Trentmann (Hg.), *Paradoxes*, 2000.

wir *die* Arbeiterbewegung in ihrem Verhältnis zum Staat im 19. Jahrhundert auf einer allgemeinen Ebene, so ergeben sich folgende Ergebnisse.

Erstens: Sowohl bei den Geheimbünden des Vormärz, bei den Arbeitervereinsgründungen der Revolutionszeit sowie den Parteigründungen der 1860er und 1870er Jahre handelte es sich um Basisorganisationen von unten, die autonom von staatlicher Regierung und Verwaltung agierten und sich diese Freiräume erkämpfen mussten.²¹ „Deutschlands Arbeiter müssen dahin streben, die moralische Macht im Staate zu bilden, ein starker Körper zu werden, der jedem Sturme trotz, der vorwärts und immer vorwärts drängt, und in seiner Bewegung alles niederhält und forträumt, was einer freieren und besseren Gestaltung der Dinge im Wege steht“, hieß es in der von Stefan Born herausgegebenen – und zum großen Teil selbst verfassten – Zeitung „Die Verbrüderung“.²² Wilhelm Weitling galt der „Bund der Gerechten“ als „wahre Vorschule des Bürgers und des Staatsmannes im Staate“,²³ und auf dem Gründungskongress der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAP) in Eisenach meinte der Delegierte Klees: „Wir sind hierhergekommen, um für die Arbeiter einen Verein mit wirklich demokratischer Verfassung zu schaffen; denn als Vorschule für den Staat, den wir schaffen wollen, müssen wir zunächst einen demokratischen Verein schaffen, und einer demokratischen Organisation wird sich jeder ehrliche Arbeiter fügen.“²⁴ Formale Kriterien, wie sie bei der Definition des dritten Sektors verwendet werden, treffen auf die frühe Sozialdemokratie zu. Es war eine den Vereinsgesetzen entsprechende formal-rechtliche, auf Dauer angelegte Organisation, sie existierte unabhängig von der staatlichen Verwaltung, hatte ihr eigenes Organisationsnetz und eine Leitungsebene, verfolgte keine kommerziellen Zwecke, und freiwilliges Engagement war nicht nur Pflicht, sondern Basis für die Überlebensfähigkeit der Bewegung.²⁵ Nicht nur definitorisch wird eine Staatsferne der frühen Arbeiterbewegung sichtbar, als Bewegung gegen die bestehenden Herrschaftsstrukturen befand sie sich in Fundamentalopposition zum Staat.²⁶ Vor allem der bestehende Obrigkeitsstaat war der Widerpart: „Aber die neue Gesellschaft steht in unversöhnlichem Wi-

²¹ Siehe allgemein Siemann, Die deutsche Revolution, 1985, S. 94-98; Lehnert, Sozialdemokratie, 1983, S. 19-38; Welskopp, Banner, 2000, bes. S. 31-48.

²² Die Verbrüderung. Correspondenzblatt aller deutschen Arbeiter, red. von Stefan Born, 3.10.1848.

²³ Johann Caspar Bluntschli: Die Kommunisten in der Schweiz nach den bei Weitling vorgefundenen Papieren, Zürich 1843, Neudruck (künftig: ND) Glashütten im Taunus 1973, S. 25, zit. n. Stangl, Sozialismus, 2002, S. 60.

²⁴ Protokoll über die Verhandlungen des Allgemeinen Deutschen sozial-demokratischen Arbeiterkongresses zu Eisenach am 7., 8. und 9. August 1869, in: Protokolle der sozialdemokratischen Arbeiterpartei. Band I (Eisenach 1869 – Coburg 1874), ND Bonn-Bad Godesberg/Glashütten im Taunus 1976, S. 23.

²⁵ Zusammengefasst bei Braun, Solidarität, Ms. 2003, S. 3 f.

²⁶ Durch die Verbots- und Auflösungspraxis in der Reaktionszeit der 1850er Jahre, die Verfolgung unter dem Sozialistengesetz zwischen 1878 und 1890 sowie die Überwachungspraxis während des gesamten 19. Jahrhunderts wurde diese Tendenz auf der politischen Ebene noch verschärft.

derspruch mit dem alten Staat“, formulierte Wilhelm Liebknecht 1869.²⁷ Spätestens mit dem Krieg von 1870/71 sollten die Akteure der Arbeiterbewegung als „vaterlandslose Gesellen“ nicht nur vom Staat, sondern von der Nation ausgeschlossen werden. Insgesamt läge demnach hier eine Situation vor, die eventuell mit derjenigen der zivilgesellschaftlichen Trägergruppen Osteuropas in der Zeit vor 1989 gewisse Ähnlichkeiten aufzuweisen hat. Staatlicher Verfolgung und Ausgrenzung ausgesetzt, entwickelte sich eine zivilgesellschaftliche Bewegung mit binnenhomogenisierenden Tendenzen – verbunden mit einer starken und zunehmenden Ausstrahlungskraft über ihre unmittelbaren Organisationskerne hinaus.²⁸

Zweitens: Sämtliche eben angeführten Zitate aus den 1840er und 1860er Jahren zeigen aber auch, dass Zielpunkt der Überlegungen innerhalb der Arbeiterbewegung der Staat war, ja, dass die Übernahme des Staates durch die Arbeiterschaft am Ende der Entwicklung stehen sollte; in den Worten Ferdinand Lassalles: die „Herrschaft des vierten Standes über den Staat“, dem dabei weit mehr als die Nachtwächterrolle zukam, nämlich die „Entwicklung des Menschengeschlechts zur Freiheit zu vollbringen“.²⁹ Die Gestaltung des Staates gehörte demnach ins Zentrum der Zielutopie der frühen Arbeiterbewegung.³⁰ In ihrer Programmatik hatte die frühe Arbeiterbewegung klare Vorstellungen über die gesamtgesellschaftliche Entwicklung; allerdings war sie durch die Strukturen des politischen Systems und der Gesellschaft von staatlicher Macht ausgegrenzt und hatte keine Möglichkeiten diese Ideen umzusetzen.³¹ Frei von staatlichen Machtvorstellungen war sie deswegen keineswegs. Es kamen jedoch noch weitere Überschneidungsebenen zwischen der Arbeiterbewegung als zivilgesellschaftlicher Akteur und dem Staat hinzu.³² Zum einen entwickelte sich die Revolutionserwartung langfristig immer mehr zu einer bloßen Revolutionsrhetorik, die mit einer „Akzeptanz der herrschenden politischen Ordnung“³³ verbunden war.³⁴

²⁷ Demokratisches Wochenblatt, Nr. 27 vom 3.7.1869, zit. n. Welskopp, Banner, 2000, S. 593.

²⁸ Siehe einzelne Beiträge in Deppe u. a. (Hg.), Umbruch, 1991; Thaa, Wiedergeburt, 1996, bes. S. 228ff.; Keane, Civil Society, 1998, S. 21 f.; Cohen/Arato, civil Society, 1992, S. 31-36.

²⁹ Lassalle, Arbeiterprogramm, 1862, zit. nach Scharrer, Arbeiter, 1990, S. 153, 155.

³⁰ Verkompliziert wird die Situation dadurch, dass auf ideologischer Ebene die Dualität von Staat und Gesellschaft negiert wurde. Die Marxsche Idee des „absterbenden Staates“ war in der frühen Arbeiterbewegung eine verbreitete Vorstellung (siehe Welskopp, Banner, 2000, S. 585). Auf diese ideologegeschichtlichen Hintergründe kann im Rahmen des „discussion papers“ nicht weiter eingegangen werden.

³¹ Wie die praktische Umsetzung im Falle der frühen Arbeiterbewegung ausgesehen hätte, muss als kontrafaktische Frage offen bleiben. Dass die kommunistische und realsozialistische Umsetzung im 20. Jahrhundert kaum zivilgesellschaftliche Komponenten hatte, ist offensichtlich. Pollack sieht zivilgesellschaftliche Akteure generell dadurch gekennzeichnet, dass sie sowohl solchen gesamtstaatlichen und gesamtgesellschaftlichen Entwürfen als auch ihrer „Implementierung“ in die Gesellschaft prinzipiell fern stehen (Pollack, Zivilgesellschaft, 2003, S. 49).

³² Siehe allgemein Ritter, Staat und Arbeiterschaft, 1996, S. 67-90. Dieses Thema wird am Beispiel Großbritanniens und der dortigen Arbeiterbewegung ausgeführt von Mark Bevir (Socialism, 2000, hier S. 342-345).

³³ Ehrke, Zivilgesellschaft und Sozialdemokratie, 2000, S. 25/26.

Letztlich spiegelte sich in dieser zwiespältigen Haltung die Lage der Arbeiterbewegung im Staat selbst wieder: zwischen Integration und Ausgrenzung oszillierend.³⁵ Hätte sich die Arbeiterbewegung dagegen ausschließlich auf ihre fundamentaloppositionelle Rolle beschränkt, hätte sie sich eines wesentlichen Prinzips zivilgesellschaftlicher Akteure beraubt: der Partizipation in dem sie umgebenden Staat. Darauf wird im nächsten Kapitel einzugehen sein. Langfristig und auf der politischen Ebene betrachtet: Waren 1870/71 die Sozialdemokraten noch diffamiert worden und wurden für ihre Überzeugungen ins Gefängnis gesteckt, so stimmten am 3. August 1914 in einer fraktionsinternen Probeabstimmung 78 von 92 Reichstagsabgeordneten für die Bewilligung der Kriegskredite.³⁶ Von daher war auch im zeitlichen Verlauf das Verhältnis zwischen Arbeiterbewegung und Staat widersprüchlich. Während in den frühen Jahren sich die Arbeiterbewegung durch eine ausgesprochen zivilgesellschaftliche Rhetorik auszeichnete, aber die Partizipation im Sinn von einer Beteiligung am Staat erst in den Anfängen stand, verschärfte sich in den späteren Jahren – bedingt durch Milieuausgrenzung und Selbstisolation – die klassenkämpferische Rhetorik, dafür zeichneten sich hohe partizipative Anstrengungen und Erfolge sowohl auf der staatlichen als auch auf der kommunalen Ebene ab.

Überhaupt ist – zum anderen – letztlich nur in einer Idealvorstellung eine strikte Trennung zwischen Zivilgesellschaft und Staat zu denken. Schließlich war es gerade für das 19. Jahrhundert der Staat, der durch „Institutionalisierung und Garantien für staatsfreien Raum“ nicht nur indirekt, sondern direkt in zivilgesellschaftliches Handeln eingriff.³⁷ Erst die Phase der „Neuen Ära“ in Preußen ab 1858 – nach Übernahme der Regentschaft durch Wilhelm I. und der Einsetzung gemäßigt liberaler Ministerien sowohl in Preußen als auch in Bayern³⁸ – mit ihren toleranteren Ansätzen schuf die Voraussetzung für zivilgesellschaftliches Engagement – sei es im bürgerlich dominierten Nationalverein, sei es in den sich seit den 1860er Jahren bildenden Arbeitervereinen und –parteien. Ebenfalls griffen der Staat und seine Verwaltung „negativ regulierend“ in das Verhältnis von Zivilgesellschaft und Staat ein. In der Reaktionsphase der 1850er Jahre wurden im Deutschen Bund länderübergrei-

³⁴ Früh vermittelnd bereits in der „Allgemeinen Arbeiter-Zeitung“: „Der Arbeiter will also keine Revolutionen, sondern vernünftige Staatseinrichtungen, durch welche Revolutionen unmöglich gemacht werden. Er will aber nicht, dass [...] alles wieder in's alte Geleise zurückkomme. In dem alten Geleise ist das arbeitende Volk bis an den Rand des Hungertodes gekommen; es will darum ein neues, bequemeres Geleise finden, auf dem die Menschheit schneller ihrem Ziel entgegenzueilen kann, als dies bisher geschehen. Dass dies neue Geleise bald möglichst gefunden werde, dafür hat das arbeitende Volk zu sorgen, den[n] Niemand sonst hat den Willen und die Kraft dazu“ (Allgemeine Arbeiter-Zeitung, Heft 3, 24.5.1848, ND Frankfurt am Main 1968, S. 19).

³⁵ Groh, Negative Integration, 1973; siehe zur Integration der frühen Sozialdemokratie ohne das Adjektiv „negativ“: Welskopp, Banner, 2000, S. 738.

³⁶ Lehnert, Sozialdemokratie, 1983, S. 113.

³⁷ Vgl. am Beispiel der Vereine: Eisenberg, Arbeiter, Bürger, 1995, S. 54 f. Allgemein – nicht auf das 19. Jahrhundert bezogen – siehe Joas, Ungleichheit in der Bürgergesellschaft, 2001, S. 16 das Zitat. Siehe auch Alexander, Real Civil Societies, 1998, S. 11 f.; Hall, In Search of Civil Society, 1995, S. 16.

³⁸ Siehe Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte III, 1995, S. 224 f.

fend Arbeitervereine geschlossen, autonome Organisationsstrukturen aufgelöst.³⁹ Die bestehenden Arbeitervereine ihrerseits – so sie einem Verbot durch Neugründungen und Satzungsänderungen ausweichen konnten – passten sich an die Umstände an, entpolitisierten sich.⁴⁰ Sie verloren in gewisser Weise ein Stück ihrer Autonomie; als zivilgesellschaftliche Akteure wird man sie deswegen jedoch kaum ausschließen können. Dazu blieben sie trotz der Autonomieeinbußen nach wie vor klar von der staatlichen Sphäre getrennt, dazu trugen sie zu viele zivilgesellschaftliche Handlungsweisen in sich.

Drittens: Historisch-perspektivisch betrachtet drängte eine starke Arbeiterbewegung als aktiver zivilgesellschaftlicher Akteur den Staat in die Pflicht, sich um soziale Belange zu kümmern. Die Lösung der sozialen Frage konnte nicht mehr dem sozialen Engagement einzelner Bürger und Unternehmer – oder der städtischen Armen- und Fürsorgepolitik überlassen werden. Noch eher unspezifisch in der sozialen Komponente, aber unmissverständlich den Handlungsbedarf an den Staat artikulierend, hieß es 1849 in Stefan Borns Zeitung „Die Verbrüderung“: „Nichtsdestoweniger geben aber die arbeitenden Klassen ihre gerechten Forderungen an den Staat nicht auf. Sie wissen, dass das, was der gottbegnadete Staat, der seine Stütze eben nur in dem Gegensatz zwischen Besitzenden und Besitzlosen, zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten, findet, nicht zu leisten vermag, eine andere Staats- und Gesellschaftsform leisten wird und leisten muss.“⁴¹ Im Sozial-Demokrat, der Zeitung des ADAV, hieß es 1869 einerseits mit Blick auf die Zukunft, andererseits mit konkretem Gegenwartsbezug: „Bekanntlich verlangen wir von der preußischen Regierung nicht, dass sie im socialistischen Sinne in die Arbeiterfrage eingreife, denn nach unserer felsenfesten Ueberzeugung kann die sogenannte ‚Staatshilfe‘ nur dann ersprießlich für die Arbeitersache sein, wenn sie von einer demokratischen Regierung ausgeht. Gleichwohl kann die preußische Regierung ebenso wie jede andere sehr segensreich im Interesse der Arbeitersache thätig sein; z. B. durch Mitwirkung zur Ertheilung der vollständigen Coalitionsfreiheit (Recht gemeinsamer Arbeitseinstellungen), durch Begünstigung eines Gesetzes zur Einführung eines Normalarbeitstages u. dergl. mehr.“⁴² Fabrikinspektionen,

³⁹ Bei einem „allgemeinen Verbrüderungsfest“ des Nürnberger Arbeitervereins griff 1849 das Militär störend in den Festverlauf ein. Seitdem ging im Verein die Angst um, das Militär könne erneut zugreifen. Daher zogen sich immer mehr Arbeiter aus dem Verein zurück (Die Verbrüderung. Correspondenzblatt aller deutschen Arbeiter, Nr. 106 vom 5.10.1849). Wie sich derartiges staatliches Verhalten unmittelbar auf die Vereinsebene als wesentliches Feld zivilgesellschaftlichen Engagements auswirkte, zeigt das Beispiel Westfalen. Während es zwischen 1845 und 1847 zu insgesamt 53 Vereinsgründungen kam und im Revolutionsjahr 1848/49 327 Vereine gegründet wurden, fiel die Zahl der Vereinsgründungen in den Reaktionsjahren 1850-1855 auf 189 (Krey, Vereine in Westfalen, 1993, S. 391).

⁴⁰ Vgl Krämer, „Bollwerk der Sozialisten des Nordens“, 1997, S. 65-67; allgemein zur Kontinuitätsproblematik der Arbeiterbewegung zwischen den 1840er und 1860er Jahren siehe Offermann, Arbeiterbewegung, 1979.

⁴¹ Die Verbrüderung. Correspondenzblatt aller deutschen Arbeiter, Nr. 52, 30.3.1849, ND Leipzig 1975, S. 206.

⁴² Sozial-Demokrat, Nr. 11 vom 24.1.1869.

Sozialversicherung, Arbeiterschutzgesetze usw. waren die Folge. „Alles, wodurch die Lage der Arbeiter sich in neuerer Zeit nur etwas gebessert hat, (ist) durch uns, durch die Social-Demokraten, bewerkstelligt worden“, hieß es 1873 über die Arbeiterschutzgesetze.⁴³ Es ist gewissermaßen paradox: Der durch die heutige SPD forcierte Umbau des – angeblichen oder tatsächlichen – überregulierten Sozialstaates unter der legitimierenden Flagge „Zivilgesellschaft“ hatte zumindest einen seiner Ursprünge in dem zivilgesellschaftlichen Engagement der Arbeiterbewegung des 19. Jahrhunderts.⁴⁴ „Die endgültige Vertreibung des 19. Jahrhunderts aus den Köpfen der SPD“⁴⁵ mit all ihren Verwerfungen bis hin zum – demoskopischen – Bedeutungsverlust ist in vollem Gange.

2. Das Verhältnis von Wirtschaft und Arbeiterbewegung als zivilgesellschaftlicher Akteur

Die frühe Arbeiterbewegung war unter anderem eine Folge der Industrialisierung und des sich ausbreitenden Kapitalismus'. Sie reagierte auf die Herausforderungen des Marktes und den damit verbundenen Ungleichheiten. Sie suchte nach Alternativen zu marktwirtschaftlichem Handeln, das durch Gewinnmaximierung, individuelle oder gruppenspezifische Wohlstandsmehrung bei gleichzeitiger Armut/Verarmung anderer gesellschaftlicher Gruppen geprägt war. Gleichheitsvorstellungen, Verteilungsmechanismen, alternative Wirtschaftsmodelle in Form von Genossenschaften und Konsumvereinen bestimmten auf der wirtschaftlichen Ebene das Denken und Handeln der frühen Sozialdemokratie.⁴⁶ Insofern wird die frühe Arbeiterbewegung durchaus zu Recht von den gegenwärtigen zivilgesellschaftlichen, globalisierungskritischen Gruppen als einer ihrer Vorläufer für sich reklamiert. Andererseits wurde in jüngster Zeit betont, dass die Marktgesellschaft mit ihren

⁴³ Neuer Sozial-Demokrat, 31.8.1873.

⁴⁴ Siehe auch selbstkritisch als Parteivorsitzender, bzw. kritisch als Bundeskanzler: Schröder, Die zivile Bürgergesellschaft, 2000, S. 202: „Eine der großen Illusionen, vor allem in der sozialdemokratischen Gesellschaftspolitik, ist die Vorstellung ‚mehr Staat‘ sei das beste Mittel, um mehr Gerechtigkeit zu erreichen.“ Siehe auch Rucht: Kapitalismuskritik, 2004, S. 411. – Ein weiteres Paradox kommt hinzu: Eine zweite Wurzel des Sozialstaates lag in dem Bestreben zivilgesellschaftlicher Akteure des 19. Jahrhunderts – nämlich bürgerlichen Sozialreformern -, mit Hilfe des Staates der sozialen Frage zu begegnen. Heute stellen staatliche Institutionen diesem Modell die Alternative Zivilgesellschaft gegenüber.

⁴⁵ So die Forderung von Paul Nolte: Stürzt SPD-Chef Bismarck!, in: DIE ZEIT, Nr. 8 vom 13. Februar 2003, S. 9.

⁴⁶ Vorformen, die speziell in der „männerbündischen Gesellen- und Emigrantenkultur“ der 1830er und 1840er Jahre rezipiert wurden (Welskopp, Banner, 2000, S. 630), sind in dem religiös motivierten Handwerkerkommunismus Wilhelm Weitlings zu sehen: Im System der „Gütergemeinschaft“ sah er das „Erlösungsmittel der Menschheit; sie schafft die Erde gleichsam zu einem Paradiese um, indem sie die Pflichten in Rechte verwandelt, und eine Menge Verbrechen an der Wurzel vertilgt. Die verabscheuten Worte: Raub, Mord, Geiz, Diebstahl, Bettelei und viele ihrer Gleichen, werden in den Sprachen der Nationen veralten [...]“ (zit. n. Marsiske, „Wider die Umsonstfresser“, 1986, S. 57).

vertraglichen Aushandlungsmechanismen auf der Basis von Vertrauen ein Stück weit die Zivilgesellschaft befördern oder zumindest absichern kann.⁴⁷

Wie ordnet sich die frühe Arbeiterbewegung in dieses Definitionsfeld ein?⁴⁸ Zentral in dieser Hinsicht war der Assoziationsgedanke, der von Karl Marx über Stefan Born bis zu Ferdinand Lassalle mit unterschiedlichen Bedeutungen gefüllt und von den bürgerlich-liberalen Sozialreformern wie Hermann Schulze-Delitzsch als generelles Heilmittel zur Lösung der sozialen Frage angesehen wurde. Sowohl Modelle, die vorrangig auf den Selbsthilfe-Gedanken setzten (Schulze-Delitzsch, Max Hirsch, Franz Duncker), als auch solche, die den Genossenschaftsgedanken nur mit Staatshilfe als realisierbar erachteten (Lassalle), standen als die beiden Extrempunkte zur Wahl.⁴⁹ In ihrer Grundidee kam den Assoziationen bzw. Genossenschaften die Rolle des Antipoden zur umgebenden kapitalistischen Wirtschaft zu. Nicht individuelles Gewinnstreben, nicht Unterordnungsverhältnisse standen im Vordergrund, sondern es wurde eine Wirtschaftsform gesucht, in der „jeder Einzelne an demselben [Geschäft] beteiligt ist“, in der die langfristige Tendenz auf die Ausbildung eines kollektiven Eigentums vorhanden war, in der die „selbstverwaltete Produktion“ für die Allgemeinheit einen Beitrag zur Überwindung von sozialer Ungleichheit leistete.⁵⁰ Schulze-Delitzsch sah in den Arbeiter- und Handwerker-Genossenschaften einen Beitrag „zur Bildung eines allgemeinen Wohlstandes“⁵¹ und äußerte emphatisch: „Welche Freude, welches erhebende Gefühl, sein Vorwärtskommen in Bildung und Wohlstand, seine materielle Existenz, seine gesellschaftliche Stellung der *eigenen Kraft* zu danken, sich sein Geschick selbst gemacht zu haben, alle Unterstützung, jeder Gönnerschaft mit der von beiden unzertrennlichen Einmischung und Beaufsichtigung, von sich abweisen zu können!

⁴⁷ Vgl. mit zahlreichen weiteren Literaturangaben Reichardt, Soziales Kapital, 2003; Hunt, Civil Society, 1999, S. 11-37.

⁴⁸ Hier böte sich auch die Möglichkeit, die Gewerkschaften in das Beziehungsfeld von früherer Arbeiterbewegung und Zivilgesellschaft einzubinden. Da die Gewerkschaftsbewegung jedoch keineswegs nur auf wirtschaftlichem Gebiet agierte, sondern zahlreiche partizipative Funktionen wahrnahm, hätte sie in die gesamte Analyse des „discussion paper“ integriert werden müssen. Dies konnte zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht geleistet werden. Vgl. erste Überlegungen zum Verhältnis von Gewerkschaften und Zivilgesellschaft – allerdings mit starkem Bezug auf die gegenwärtige Situation am Beginn des 21. Jahrhunderts bei Kocka, Gewerkschaften und Zivilgesellschaft, 2003.

⁴⁹ Vgl. zum Assoziationsgedanken in der Sozialdemokratie Welskopp, Banner, 2000, S. 650-656 sowie allgemein: Novy/Prinz, Illustrierte Geschichte der Genossenschaften, 1985.

⁵⁰ Vgl. Scharrer, Arbeiter, 1990, S. 33 f. unter Verwendung eines Zitats von Stephan Born: Korporationen, Assoziationen, in: Das Volk, Nr. 13 vom 1.7.1848, zit. n. ebd. S. 140 f. Siehe auch die Stellungnahme in „Der Botschafter“: „Freilich dürfen wir über unserm Eigeninteresse nicht das große Ganze vergessen, sondern müssen mit allen uns zu Gebote stehenden Kräften dahin wirken, dass denen, die durch eigene Mittel sich zu associiren nicht im Stande sind, der Staat, wenn nicht freiwillig, dann nothgedrungen durch die Macht des Massenbewusstseins und der Intelligenz durch seine Vermittelung und Credit die gleichen Vortheile des genossenschaftlichen Betriebs ihres Geschäfts ermögliche, wie sie uns durch die eigenthümlich günstigen Verhältnisse innerhalb unserer Geschäftsbranche geboten sind.“ (Der Botschafter. Organ der deutschen Cigarrenarbeiter, Nr. 11, 16.3.1867, ND 1990, S. 11 f.).

⁵¹ Aldenhoff, Schulze-Delitzsch, 1984, S. 93.

Nur wer auf eigenen Füßen steht, wer sich selbst zu helfen weiß, ist ein freier Mann – und dass dies die Arbeiter recht wohl vermögen, wenn sie es nur recht angreifen, das zeigt sich alle Tage [...]“.⁵²

Trotz aller Betonung der Selbsttätigkeit, der Orientierung hin auf ein universelles Ziel, agierten die Genossenschaften und Assoziationen innerhalb des bestehenden Wirtschaftssystems, gab es Überschneidungslinien: Zum ersten waren die Genossenschaften von marktwirtschaftlichen Gesetzen, Handlungslogiken abhängig. Schließlich galt es für die Mitglieder Gewinne zu erwirtschaften, gleichzeitig profitierten sie von der durch die Marktwirtschaft geschaffenen Vertragssicherheit, von dem Vertrauen, das ihnen von den Zulieferern und ihren Kunden entgegen gebracht wurde. Auf dem vierten Vereinstag deutscher Arbeitervereine (VDAV) in Gera 1867 konnte „nur Erfreuliches [...] über die Schuhmacher-, Schneider- und Flaschner-Assoziation in Stuttgart“ berichtet werden: „Diese drei Genossenschaften, von denen jede nur vier bis sechs Mitglieder zähle, hätten sich rasch eine sehr zahlreiche Kundschaft erworben; das Publikum habe wohl herausgefunden, dass ein Arbeiter ganz andere Arbeit liefere, wenn er selbst dabei interessiert sei, dass die Kundschaft dauernd befriedigt werde, als wenn er bloß für einen Meister arbeite [...]. Wenn diese Genossenschafter auch keine ganz großartigen Geschäfte machten, so sei doch für die Mitglieder der Zustand sehr befriedigend. Sie seien nun ihre eigenen Herren, hätten sich keinen unbilligen Forderungen oder Launen eines Andern mehr zu fügen, und daneben sei ihnen nun doch Gelegenheit geboten, nach und nach ein Kapital zu ersparen. Die Schuhmacher hätten in den drei Jahren seit ihrem Bestehen, neben dem Lohne, den sie ausbezahlt erhalten hätten, etwa 300 bis 400 fl. Dividende im Geschäft gut gemacht.“⁵³ In deutlicher Distanz zur kapitalistischen Wirtschaft, gleichzeitig tief mit ihr verflochten, stellte die Genossenschaftsbewegung als Teil der Arbeiterbewegung ein Zwitterwesen zivilgesellschaftlicher Akteure dar – betrachtet unter bereichslogischen Aspekten.

Hinzu kamen weitere Aspekte, die die Genossenschaftsbewegung als zivilgesellschaftlichen Akteur zumindest zweifelhaft erscheinen lassen. Sowohl von den zeitgenössischen Beobachtern wie von der heutigen Forschung wird die begrenzte Reichweite, in gewisser Weise der exklusive Charakter der Genossenschaften herausgestrichen.⁵⁴ Langfristig – und unter den Bedingungen der Milieubegrenzung im

⁵² Schulze-Delitzsch: Deutschlands Arbeiter, in: Die Gartenlaube, Nr. 32, 1863, abgedruckt in: Ders., Schriften und Reden, 1990, Bd. 2, S. 217 (Hervorhebung im Original).

⁵³ Deutsche Arbeiterhalle, Nr. 11 vom 1.12.1867.

⁵⁴ Dieses Argument findet sich vor allem in der politischen Auseinandersetzung zwischen der liberalen und sozialdemokratischen Arbeiterbewegung. Der Volksstaat etwa argumentierte gegen die Genossenschaftsbewegung Schulze-Delitzsch: „Daß die Lohnarbeiter mit all diesen Organisationen nicht das Mindeste zu thun haben, ist selbstverständlich. Diese Genossenschaften mit ihren Kassen gehören sämtlich dem bemittelteren Handwerkerthum, sowie der kleinen Bourgeoisie an und haben zum Zweck, genannten Klassen die Konkurrenz mit dem Großkapital zu ermöglichen“ (Volksstaat, 9.9.1874). Am Beispiel der zitierten Stuttgarter sozialdemokratischen Assoziationen wird deutlich, dass auch sie nur eine Minderheit organisieren konnten. Dass das liberale Genossenschaftswesen

Kaiserreich – ging es den Genossenschaften und Konsumvereinen nicht mehr um das Gemeinwohl, sondern lediglich um die Interessen ihrer Mitglieder.⁵⁵ Die Genossenschaftsbewegung – sowohl in ihrer liberalen als auch in ihrer sozialdemokratischen Form – als zivilgesellschaftlichen Akteur, darstellen zu wollen, ist daher nur eingeschränkt möglich.⁵⁶ Außerdem zeigt sich aus Sicht der bereichslogischen Definition von Zivilgesellschaft, dass die freie Wirtschaft erst Ebenen bereit stellte, auf der zivilgesellschaftliche Akteure in Form von Genossenschaften, Konsumvereinen u.ä. handeln konnten.

3. Das Verhältnis von Privatsphäre und Arbeiterbewegung als zivilgesellschaftlicher Akteur

Die frühe Arbeiterbewegung entstand im öffentlichen Raum, jenseits der Privatsphäre. In Volksversammlungen auf Plätzen, in Debattierabenden in Kneipen, bei Protesten auf offener Straße formte sich die Arbeiterbewegung. Es waren Räume, die jenseits der Privatsphäre lagen.⁵⁷ Sie wurden bewusst gewählt, weil es zum einen für manche Arbeiter oder Handwerksgesellen eine Privatsphäre gar nicht gab, weil sie noch beim Meister wohnen mussten, nur in Herbergen Unterkunft fanden oder als Schlafgänger nur geduldete Untermieter waren, zum anderen, weil manche von ihnen in den Versammlungen und Kneipen den beengten Wohnverhältnissen flohen. Otto Häusler, Zigarrenarbeiter aus Froberg in Sachsen, der zur Untermiete wohnte, hatte August Bebel und führende Sozialdemokraten unter solchen Bedingungen kennen gelernt: „Als wir nach der Versammlung aus dem [...] Saal nachs Bellewü gegangen waren saßen Sie, herr Moteller und Herr [...] an einem Tisch und ich nahm mir die Erlaubniß auf einige Minuten zu ihnen zu setzten und sprach einiges mit Motteller [alle sic!, JS].“⁵⁸ In der Welt der Vereine konnten die Arbeiter ihre Individualität erleben und ausleben, „hier waren sie ‚Bürger‘ im Vollsinn, hier galt

stark auf das (klein)bürgerliche Publikum ausgerichtet gewesen sei, wird auch in der Forschung betont (vgl. Offermann, Arbeiterbewegung, 1979, S. 206-224, bes. S. 220; Christiane Eisenberg: Rezension zu Aldenhoff, Schulze-Delitzsch, 1984, in: Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 22 (1986), S. 136 f.).

⁵⁵ Robert Michels kritisierte einerseits die „oligarchischen Tendenzen“ in den Konsumvereinen des späten Kaiserreichs, andererseits ihre rein funktionale Bedeutung: „Wenn man nicht das Kaufen als Mitarbeit betrachten will [...], dann haben die Mitglieder eines Konsumvereins nicht mehr dabei zu tun, als die Aktionäre einer Aktiengesellschaft; sie wählen ihre Vertrauensmänner und lassen dann die Sache laufen, wie sie laufen will.“ (Michels, Zur Soziologie des Parteiwesens, 1989 (1910), S. 146). Differenzierter dagegen Prinz, Brot und Dividende, 1996, S. 274-277.

⁵⁶ Aldenhoff streicht in der ursprünglichen Konzeption der Genossenschaftsbewegung durch Schulze-Delitzsch dessen Orientierung an dem „frühliberalen Zukunftsbild einer ‚klassenlosen Bürgergesellschaft‘ heraus (Aldenhoff, Schulze-Delitzsch, 1984, S. 96).

⁵⁷ L. v. Bonhorst an August Bebel, 2.9.1869: „Ein Genie kann sich in der Stube bilden, - ein Charakter aber nur im Lauf der Welt“ (SAPMO-BA, NY 4022/98).

⁵⁸ Otto Häusler an August Bebel, 15.1.1870, SAPMO, NY 4022/109.

das Prinzip ‚one man – one vote‘.⁵⁹ Sie bewegten sich im öffentlichen Raum, ihre Aktivitäten zielten auf die Öffentlichkeit. Wilhelm Klacke aus Elberfeld schrieb an August Bebel: „Diese Woche ist hier ein Strike ausgebrochen, die Arbeiter die daran beteiligt sind gehören keiner Gewerkschaft an, mehrere davon kommen oft zu uns [dem SDAP-Ortsverein] um Rath zu holen. Klein und Consorten haben eine Volksversammlung einberufen um daraus Kapital zu schlagen.“⁶⁰ In dem Augenblick, in dem die Arbeiter in die Sphäre des Öffentlichen traten, boten sich Anknüpfungs- und Anbindungspunkte an die Arbeiterbewegung. In der bereichslogischen Definition, die von einer Trennung zwischen Zivilgesellschaft und Privatsphäre ausgeht, entsprach in dieser Hinsicht die frühe Arbeiterbewegung geradezu einem Idealtypus von zivilgesellschaftlichem Akteur.

Jedoch gibt es auch hier Überschneidungsebenen, die einer scharfen Grenzziehung zwischen Zivilgesellschaft und Privatsphäre zuwider laufen. So ist mit gutem Recht darauf verwiesen worden, dass in der Familie Grundlagen für zivilgesellschaftliches Engagement gelegt werden.⁶¹ Allgemein gesprochen: in der Privatsphäre findet eine Wertevermittlung statt, die in der Öffentlichkeit des Milieus oftmals gar nicht geleistet werden kann bzw. zivilgesellschaftlichem Handeln voraus gehen muss: „Beteiligungsmöglichkeiten, Vorbilder und Erfahrungskonstellationen sind es, die den Werte-Traditionen in jeder Generation neue Vitalität verleihen – oder nicht.“⁶² Im sozialdemokratischen Diskurs über die Gefährdung der Familie durch das Herauslösen der Frau aus der Familie und ihrer Eingliederung in das „System der Lohnarbeit“ klingt nicht nur das bürgerliche Familienideal der nicht berufstätigen Frau an, sondern auch die umfassende Aufgabe der Familie als Institution der Wertevermittlung, in der „den zarten Kindergemüthern die großen Prinzipien der Freiheit und Gerechtigkeit einzupflanzen“ seien.⁶³ Freilich standen diesem hehren Ziel die konkreten Alltagsprobleme der Arbeiterfamilie im Wege; aber gerade in den Familien der Arbeiterführer wurden die Kinder aktiv an der Arbeit ihrer Väter beteiligt.⁶⁴ Die dichotomische Gegenüberstellung von privater und öffentlicher Sphäre wird

⁵⁹ Welskopp, Banner, 2000, S. 573.

⁶⁰ Wilhelm Klacke an August Bebel, 25.3.1870, SAPMO, NY 4022/109.

⁶¹ Vgl. Budde, Das Öffentliche des Privaten, 2003, S. 62 f., mit Bezug auf Cohen/Arato.

⁶² Joas, Ungleichheit in der Bürgergesellschaft, 2001, S. 22.

⁶³ Demokratisches Wochenblatt, Nr. 10 vom 6.3.1869. Klassenkämpferisch gewendet und nach Geschlechterrollen verteilt lasen sich die Erziehungspflichten und die Wertevermittlung so: „An Euch Arbeiter jedoch noch zum Schluss eine dringende Bitte [...] Und wie die Mutter dem Kinde fromm die Hände zum Gebete faltet, ihm den ernsten Samen des Christenthums ins Herz streut, so möge nur von Euren Lippen, denn dann ist die Wirkung doppelt, Euer Sohn die Lehren der Freiheit vernehmen. [...] Bildet ein neues Geschlecht heran, das nicht, wie wir, verlernt hat, dem Wort die That folgen zu lassen“ (Sozial-Demokrat, Nr. 48, 27.2.1865).

⁶⁴ Karl Rögner an August Bebel, 4.6.1868: „Soeben in den Besitz Ihres Werthen [Briefes] vom 30. Mai gekommen, beeile ich mich Sie höflich zu ersuchen, mir von meinem Brief d[atun] d[en] 27. Mai, und zwar von der Stelle an: ‚Da gegenseitige Bekämpfung der Glieder Eines Körpers, Trennung derselben, Schädigung etc.‘ sofort Abschrift gefälligst machen zu lassen und dieselbe mir mit nächster Post zuzusenden. *Mein Söhnchen, dem ich aufgetragen hatte, jenen meinen Brief abzuschreiben, kam*

hier unverkennbar ein Stück weit aufgelöst.⁶⁵ Auch sonst nutzte man Veranstaltungen, die Familienmitgliedern offen standen, für politische Zwecke.⁶⁶ Hinzu kam, dass der in der öffentlichen Sphäre agierende zivilgesellschaftliche Akteur Arbeiterbewegung auf Familien- und Nachbarschaftsnetzwerke angewiesen war. Das Nähen der Fahnen, das Ausschmücken von Festsälen, das Vorbereiten von Festen – die Symbolik der öffentlichen Auftritte der Arbeiterbewegung – wurde zum großen Teil von Arbeiterfrauen in ihrer Freizeit, in den Familien vorbereitet. In einer sich erst allmählich ausbildenden Organisationsstruktur blieben face-to-face-Beziehungen unverzichtbar, sollten etwa die reisenden Redner und Agitatoren nach ihren Vorträgen am jeweiligen Aufenthaltsort untergebracht werden. Theodor York schrieb im September 1869 aus Krefeld an August Bebel: „[...] ich habe das herumreisen, um an verschiedenen Orten, wo man Niemanden kennt, aus den Adreßbüchern Socialdemokraten zu suchen, herzlich überdrüssig. Wenn man nicht so reisen kann, dass an dem Tage des Eintreffens an einem Orte auch gleich Versammlung ist, und man erst herumlungern muss, um nur einen Menschen zu finden, und schließlich um nicht ganz allein zu sein, sich an den Bevollmächtigten des Allg[emeinen] d[eutschen] Arb[eiter-]Vereins wenden muss, dann wird die Geschichte langweilig [...]“.⁶⁷ Die öffentliche Kultur der Arbeiterbewegung hatte ihren privaten, persönlichen, familiären Hintergrund und war in ihrer Entstehungsphase

*nämlich nur bis zur erwähnten Stelle; ich aber, im Glauben an vollständige Abschrift sandte das Original fort. [...]“; Carl Schaarschmidt an August Bebel, 4.6.1868: „Soeben von unseren Vorsitzenden benachrichtigt, das[s] derselbe nachgefragt, ob Du den Beitrag erhalten, welchen ich selbst in deinen Händen geglaubt hätte, dieses aber nicht sei, suche ich nach den verlangten Postschein. Denke Dir aber mein Erstaunen als ich den Brief sammt Inhalt noch wohlverwahrt und unversehrt unter meinen Papieren finde. Derselbe ist datirt vom 8. vorigen Monats und *trug andern Tages meiner Tochter auf diese Brief zur Post zu geben, welches dieselbe regelmäßig thun muss da ich den Tag über auf Fabrik bin*. Besagter Brief ist jedoch von derselben, nicht wissend aus welcher Abhaltung, auf mein Befragen, liegengelassen worden. [...]“ (zit. n. Fischer (Hg.), Brieftagebuch, 1994, S. 186, 188, Hervorhebung von JS). Wichtig wäre unter zivilgesellschaftlichen Aspekt auch die Reaktion der Väter auf die Fehler ihrer Kinder (Toleranzprinzip). So weit geht die Quellenüberlieferung leider nicht.*

⁶⁵ Siehe auch den Aufruf „An alle Arbeiterfrauen“ von Frau Kölsch aus Eschweiler vom 1. Mai 1870: „Erheben auch wir uns aus dem Staube, in den wir erniedrigt sind! Ermuntern wir unsere Männer, dass sie fest einstehen für ihre Rechte! Halten wir sie nicht ab, wenn sie eine Versammlung der Arbeiter besuchen, oder ihr Scherflein für ihre leidenden Brüder opfern wollen! Fangen auch wir an, die politischen und sozialen Zeitschriften zu lesen. Ja, stehen wir den Männern bei im gerechten Kampfe gegen ihre Unterdrücker“ (Beilage zum Volksstaat, Nr. 39, 14.5.1870).

⁶⁶ Siehe Welskopp, Banner, 2002, S. 348-353. Das Vereinsleben der Arbeiterbewegung war multifunktional – ein Merkmal, das die Arbeiterbewegung mit zivilgesellschaftlichen Akteuren der Gegenwart durchaus gemeinsam hat (siehe z. B. Priller/Zimmer, Wachstum, 2001, hier S. 227).

⁶⁷ Th. York an A. Bebel, 27.9.1869, SAPMO-BA, NY 4022/115. Kamen manche der Arbeiterführer in die Provinz, konnte das durchaus zu unliebsamen Verwicklungen führen. Julius Schmiedel, Schriftführer des Volksvereins Hohenstein schrieb am 30.10.1868 an August Bebel: „Geehrter Herr Bebel! Halten Sie von mir was Sie nur wollen ich bin von jeder Mensch geliebt geachtet und geehrt und dieses ist mein Stolz. Denken Sie dass es kränkend für mich u. meine Frau ist, dass man sich muss sagen lassen, dass Sie ihre völlige Unzufriedenheit über das Quartier hier bei Ihrem Hiersein bei mir ausgesprochen haben sollen, dass Sie irgend in einem Gasthaus bei Weitem besser geschlafen haben würden pp. Ich bezweifle dieß allerdings sehr u. bin der Meinung, dass Sie unter dem Dache Ihrer Freunde oder eines ehrlichen Arbeiters eben so gut ruhen, als in den feinen Zimmern eines Hotels“ (SAPMO, NY 4022/114).

darauf angewiesen. Private Hilfe für die politischen Agitatoren, Unterstützung der politisch Aktiven in den Familien, Integration der Frauen und Familien in die öffentliche Festkultur der Arbeiterbewegung markieren die Überschneidungsflächen zwischen Familie und Zivilgesellschaft und zeigen, dass die Familie zivilgesellschaftliches Engagement befördern konnte.

Schließlich konnten Familienverhältnisse ganz direkt – „negativ“ – auf zivilgesellschaftliches Engagement wirken. Aus Erfurt schrieb Johann Salm 1870 an August Bebel: „Sie werden erwarten, dass wir selbst mehr thun sollen!? Aber ich muss Ihnen mittheilen, dass ich stets umlauert werde und dass ich bei der ersten besten Gelegenheit brotlos werde. Und ich habe eine Familie von 3 kleinen Kindern.“⁶⁸ Im Beziehungsgeflecht von staatlicher Repressionspolitik und Familie wurde zivilgesellschaftliches Engagement in der Öffentlichkeit – auf der individuellen Ebene – durch die Familie auch eingeengt; und im Fall der Ehefrauen durch ihre Einbindung in den Haushalt zum großen Teil verhindert.

III. Die frühe Sozialdemokratie als Ort gelebter Zivilität? – Handlungslogische Herangehensweise

Der Ort der Zivilgesellschaft zwischen den Bereichen Staat, Wirtschaft und Privatsphäre war kein klar markiertes Gebiet. Dies hat das vorangegangene Kapitel gezeigt. Es war ein relationales Verhältnis, in dem sowohl von Seiten der zivilgesellschaftlichen Akteure als auch von den umgebenden Bereichen Impulse zum ‚Grenzübertritt‘ ausgingen. Im Fall des ‚bestrafenden‘ Staates war dieses Verhalten alles andere als zivilgesellschaftlich motiviert, im Fall der Privatsphäre waren die Aktivitäten zwar nicht konstitutiv für die zivilgesellschaftlichen Akteure, zumindest aber ein Zeugnis, dass innerhalb der die Zivilgesellschaft umgrenzenden Bereiche selbst zivilgesellschaftliches Handeln sich ausbilden konnte. Fragen wir also im nächsten Schritt danach, welche Merkmale von Zivilität – verstanden als normativ-soziale Verhaltensweisen – innerhalb der frühen Arbeiterbewegung sich rekonstruieren lassen.

1. Emanzipation und Partizipation

Im Selbstverständnis zivilgesellschaftlicher Akteure – wie in Definitionen von Zivilgesellschaft – spielen Emanzipation, Partizipation und selbstbestimmtes, autonomes

⁶⁸ Johann Salm an A. Bebel, 24.1.1870, SAPMO-BA, NY 4022/114); H. Franz an A. Bebel, 8.8.1875: „[...] ich habe zu viel Familie, die mir die Partei nicht erhalten kann, wenn einmal eine Hätzjad vor- kommt, deshalb müssen wir absehen als Agenten zu fungiren“ (SAPMO, NY 4022/108).

Handeln eine zentrale Rolle.⁶⁹ Wovon galt es sich für die frühe Arbeiterbewegung zu emanzipieren? Dafür ist es nötig, einen Blick auf das Engagement des Bürgertums zugunsten der Arbeiterschaft zu werfen. Werner Conze meinte, dass auf sozialpolitischem Gebiet zunächst die bürgerliche Gesellschaft aktiver als der Staat gewesen sei, der zunächst hoffte, mit den altvertrauten Methoden des Polizeirechts, das Problem der sozialen Frage, bzw. Arbeiterfrage lösen zu können. Demgegenüber habe die bürgerliche Gesellschaft nach praktischen Lösungswegen gesucht, um den Wandel der Gesellschaft in geordnete und gesicherte Bahnen lenken zu können.⁷⁰

Unterscheidet man idealtypisch nach liberalen und konservativen Standpunkten, gab es an die Arbeiterschaft unterschiedliche Angebote. Die Liberalen wollten die selbsttätige Hilfe der Arbeiter fördern und gründeten eine Vielzahl an Arbeiterbildungsvereinen, Unterstützungskassen und genossenschaftlichen Einrichtungen. Im Mittelpunkt stand die auf das Individuum ausgerichtete Hilfe, die bewusst von politischen Forderungen gelöst wurde.⁷¹ Dabei griff man entsprechend bürgerlichen Idealen erzieherisch in die Verhaltensdisposition der Arbeiterschaft ein, teils fördernd, teils mit Zwangsmaßnahmen. In Bielefeld etwa verteilte die Kreissparkasse 1865 aus ihren Überschüssen 550 Sparprämien zu zehn, 20 und 30 Silbergroschen „um die arbeitenden Klassen der Bevölkerung für sich zu gewinnen“. In Hagen wiederum richtete man eine Arbeiterpensionskasse ein, die den „Sinn zur Sparsamkeit wecken“ sollte, in der Realität aber vor allem ein Mittel der Arbeitgeber bildete, um eine solide Stammarbeiterschaft auszubilden.⁷² Die Arbeiterbildungsvereine wiederum sicherten ihren Mitgliedern zwar Unterstützung bei Krankheit zu, das Hauptaugenmerk lag jedoch darin, den Mitgliedern „Unterrichtsstunden zur allgemeinen Bildung, Erweiterung der Berufskennntnisse und Förderung guter Sitten zu ertheilen“.⁷³ In allen Landesteilen des Deutschen Bundes fanden sich seit den späten 1850er Jahren solche Institutionen. Zwischen 1860 und 1864 existierten mindestens 225 solcher Vereine.⁷⁴ Die Integrationsleistung dieser liberalen Angebote war zweischneidig. Einerseits bot das Vereins- und Assoziationswesen vielfältige Angebote, formte staatsbürgerliche Verhaltensweisen und förderte politisches Engagement. Johann Carl Rodbertus etwa meinte 1863 dazu: „Bei weitem grösser [...] halte ich seine [des Assoziationswesens, JS] geistigen und sittlichen Erfolge. In diesen beiden Beziehungen ist es die beste Bildungsschule des Arbeiterstandes. In der Association lernt der Arbeiter verwalten, debattiren und vorläufig in kleinen Kreisen regieren; und indem unaufhörlich dabei an seine eigene

⁶⁹ Siehe auch Haus, Einleitung, 2002, S 9 mit Bezug auf den Begriff der „Bürgergesellschaft“, der bei Haus weitgehend synonym für Zivilgesellschaft gebraucht wird.

⁷⁰ Conze, Vom Pöbel zum Proletariat, 1967, S. 39.

⁷¹ Vgl. ausführlich Offermann, Arbeiterbewegung, 1979, S. 188 ff.

⁷² Bericht der Handelskammer Bielefeld für das Jahr 1866, S. 30; Bericht der Handelskammer Hagen für das Jahr 1873, S. 2.

⁷³ Bericht der Handelskammer Bielefeld für das Jahr 1869, S. 65.

⁷⁴ Offermann, Arbeiterbewegung, 1979, S. 280 ff., berechnet nach S. 515-522.

Kraft appelliert wird, wird das Selbstgefühl in ihm gesteigert, ohne das sein volle Theilnahme am Staat niemals gedeihlich werden kann.“⁷⁵

Andererseits waren die patriarchalischen Züge des Systems unübersehbar. In vielen liberalen Arbeitervereinen bildete die Arbeiterschaft zwar die Basis der Vereine, in den Vorständen hatten jedoch die bürgerlichen Mitglieder das Sagen. Im Harburger Arbeiterbildungsverein waren zwischen 1861 und 1868 41,5 Prozent aller Leitungspositionen mit bürgerlichen Mitgliedern besetzt, während sie an der Basis der *aktiven Mitglieder* nur 15 bis 20 Prozent ausmachten⁷⁶ - und das war noch ein relativ ausgewogenes Verhältnis im Vergleich zu anderen Vereinen. Für den liberalen Politiker Eugen Richter hatten die Konsumvereine, die in der Arbeiterschaft durchaus Erfolg hatten, nichts mit Arbeiteremanzipation zu tun, sondern sollten „die Arbeiter durch eine massive bürgerlich-liberale Vereinspatronage an die Fortschrittspartei“ binden.⁷⁷

Auf konservativer Seite begann sich die Ansicht durchzusetzen, dass der Staat regulierend eingreifen müsse, um die Sprengkraft der sozialen Frage zu entschärfen. Diese Position verband sich mit einem scharfen Antiliberalismus, eine Rückkehr in vorindustrielle Zeiten spielte jedoch keine Rolle mehr. Lorenz von Stein und Josef Maria von Radowitz sahen vielmehr in der Arbeiterschaft und den Unterschichten die natürlichen Verbündeten des Königs, die nur darauf warteten, dass der König sich schützend für sie einsetzen würde. In der Idee des sozialen Königtums manifestierten sich diese Vorstellungen.⁷⁸ Sozialfürsorge wurde dabei an verlässliche Staats-treue geknüpft. Praktisches Ergebnis dieser konservativen Politik war die Einleitung einer ersten Sozialgesetzgebung.⁷⁹

Integration ohne wirkliche Teilhabe auf liberaler Seite, patriarchalische Fürsorgekonzepte auf konservativer Seite – dies waren Antriebskräfte für die Emanzipationsbewegung unter den Handwerkern und Arbeitern im 19. Jahrhundert.⁸⁰ August Bebel, der aus der liberalen Vereinsbewegung kam, schrieb

⁷⁵ Johann Carl Rodbertus: Offener Brief an das Comité des Deutschen Arbeitervereins zu Leipzig, 1863, in: Ders.: Gesammelte Werke, 1971, Abt. I, Bd. 2, S. 349 f.

⁷⁶ Gotthardt, Die Entstehung der Arbeiterbewegung, 1991, S. 51-54. Der Anteil an der Gesamtzahl der Mitglieder ließ sich nicht bestimmen.

⁷⁷ Offermann, Arbeiterbewegung, 1979, S. 247.

⁷⁸ Beck, Origins, 1995, S. 67 ff.

⁷⁹ Mit gesetzlichen Bestimmungen wie dem Kinderschutzgesetz von 1853, der Einschränkung von Sonn- und Feiertagsarbeit, der Kassengesetze wurden soziale Missstände – wenn auch vorsichtig – angegangen, siehe: Tennstedt, Sozialgeschichte, 1981, S. 103-113; Volkmann, Arbeiterfrage, 1968, S. 47 ff.

⁸⁰ Bereits den Zeitgenossen war diese patriarchalische Funktion bewusst. In der Gründungsversammlung eines „allgemeinen Hilfs- und Bildungs-Vereins zu Köln“ am 10. November 1844 wurde am Namen des „Centralvereins für das Wohl der arbeitenden Classen“ Kritik geübt, da er herabwürdigend für die Arbeiter wirke und die Vormundschaft der „sog. höheren Classen“ impliziere

1868 an Moritz Müller, „dass die Vereine ihre Leiter aus eigenem Kreise wählen sollen, die Doktoren[-] und Professorenleitung tauche [sic] in der Regel nichts, das wüssten wir aus eigener Erfahrung.“⁸¹ Hier artikulierte sich eine selbstbewusste und selbstständige Stimme. An den (Re-)Aktionen von Seiten des Bürgertums konnte die Arbeiterschaft zudem erkennen, dass die sozialen Probleme ernst genommen wurden, dass es für ihre Belange einen Resonanzboden gab und sich hieraus Chancen für die eigenen Willensartikulation bilden konnten.⁸² Zudem nahmen die Arbeiter den instrumentellen Charakter der bürgerlichen Debatten und Reformversuche – Revolutionsprophylaxe und Bekämpfung des Aufstiegs einer politischen Arbeiterbewegung – wahr,⁸³ der wiederum das Streben nach selbstbestimmtem Handeln beschleunigte. Schließlich registrierten die Arbeiter, dass man sich zwar gerne – etwa im liberalen Lager – der Unterstützung durch die Arbeiterschaft versicherte, aber sie als Mitglieder in ein und demselben Verein unerwünscht waren. 1863 bekamen diese Exklusion Arbeiter direkt zu spüren. Angesichts niedriger Löhne baten Arbeiter den Vorstand des Nationalvereins statt Jahresbeiträge einzelne Monatsbeiträge bezahlen zu dürfen, um dem Verein beitreten zu können. Der Vorstand des Nationalvereins, der das Aushängeschild des liberalen Bürgertums

(Gesellschaftsspiegel, Bd. I (1845), Heft 1, S. 25, ND Glashütten im Taunus 1971). Redakteur des Gesellschaftsspiegels war Moses Heß.

⁸¹ A. Bebel an M. Müller, 16.7.1868, in: Fischer (Hg.), Briefftagebuch, 1994, S. 267.

⁸² Vgl. etwa die Reaktionen der konservativen „Augsburger Zeitung“: „Es gilt für jeden Gebildeten sich an den Gedanken zu gewöhnen[,] dass ein großer Teil der Forderungen und Ziele der Arbeiterbewegung, wie wenig sie auch der bisherigen Routine der Partei oder Classe in ihren Sympathien und Lebensgewohnheiten, oder auch der Industrie, dem Verkehr entsprechen, doch eine große Berechtigung hat“ (Augsburger Allgemeine Zeitung, Nr. 301, 27.10.1868) sowie den Brief Theodor Fontanes an seine Frau Emilie: „Du fragst, wie man früher solcher Bewegungen Herr geworden ist? Darauf ist nicht direkt zu antworten, denn solche Bewegungen hat es früher nicht gegeben. Wie war es früher? [...] man befand sich einer stupiden Masse gegenüber. Das ist jetzt anders. Millionen von Arbeitern, sind grade so gescheidt, so gebildet, so ehrenhaft wie Adel und Bürgerstand, vielfach sind sie ihnen überlegen. [...] Alle diese Leute sind uns vollkommen ebenbürtig und deshalb ist ihnen weder der Beweis zu führen, ‚dass es mit ihnen nichts sei‘, noch ist ihnen mit der Waffe in der Hand beizukommen. Sie vertreten nicht bloß Unordnung und Aufstand, sie vertreten Ideen, die zum Theil ihre Berechtigung haben und die man nicht todtschlagen oder durch Einkerkierung aus der Welt schaffen kann.“ (T. Fontane an E. Fontane, 5. Juni 1878, in: Fontane, Die Zuneigung ist etwas Rätselvolles, 1998, S. 105 f.).

⁸³ Bereits im Dezember 1848 hieß es in einem Artikel in Stephan Borns Zeitschrift „Die Verbrüderung“: „Mit einem Wort: die Gesetzgebung hat bei uns nur die Absicht gehabt, den Arbeiter nicht aufkommen zu lassen; zu diesem Zweck hatte sie Alles in Ihren Kreis gezogen, was sie zu diesem Ziele bringen konnte; sie benutzte die religiösen Satzungen und die Priester boten dazu ihre hülfreiche Hand [...]. Der Priester sprach salbungsvoll von der Kanzel: ‚die Obrigkeit ist von Gott eingesetzt‘, und die Obrigkeit sprach: ‚durch den Mund des Priesters spricht der Herr‘“ (Die Verbrüderung. Correspondenzblatt aller deutschen Arbeiter, Nr. 20 vom 8. Dezember 1848, ND Leipzig 1975, S. 78). 1868 hieß es im „Social-Demokrat“ über britische sozialpolitische Maßnahmen: „[...] ‚industrielle Theilhaberschaften‘ – so heißt der neueste Schwindel womit in England – allerdings schon seit einiger Zeit – die liberale Bourgeoisie die Arbeiter irre zu führen und von einem ernstlichen Wirken für ihr Classeninteresse abzubringen sucht. Hauptzweck: Die Täuschung hervorzurufen als sei eine Versöhnung zwischen Capital und Arbeit durch gegenseitige Verständigung der Capitalisten und der Lohnarbeiter möglich [...]“ (Social-Demokrat, Nr. 23 vom 21.2.1868).

darstellte, lehnte diesen Vorschlag ab und die bürgerlichen Vereinsmitglieder blieben unter sich.⁸⁴

Zivilgesellschaftlich gewendet zeigen diese Vorgänge zum einen, dass Zivilgesellschaften in der Definition eines Gegenüber entstehen,⁸⁵ dass zum zweiten zivilgesellschaftliches Handeln bei einem Akteur die Voraussetzungen für gleiches Handeln bei einem anderen Akteur bilden konnte, dass zum dritten das Ideal der umfassenden Zivilgesellschaft immer auch das Merkmal der Exklusion in sich trug.⁸⁶

Dieser Prozess wiederum hatte Rückwirkungen auf das Partizipationsverhalten der frühen Arbeiterbewegung. Obwohl die sozialistische Arbeiterbewegung von Seiten des Bürgertums als Feind stigmatisiert wurde, löste sie sich ihrerseits nicht völlig aus den ‚erlernten‘, ‚erfahrenen‘ Vorbildern des Bürgertums. Bürgerliche Ideale, die hier durchaus synonym mit zivilgesellschaftlichen Idealen zu sehen sind, flossen in die Arbeiterbewegung ein. Der Wert der Arbeit und der Bildung, die Suche nach dauerhaften Lösungsstrategien aus der sozialen Misere und Benachteiligung, statt Verharren im Bestehenden, kurz Engagement und Emanzipation – dies wurde von der frühen Arbeiterbewegung seit Stephan Born propagiert.⁸⁷ In einer Mitgliederversammlung des Harburger Vereins der Cigarrenarbeiter hieß es etwa in einem Vortrag: „Vor allen Dingen ist es Vereins-Mitgliedern anzuempfehlen, sich diese [sittliche Bildung, JS] anzueignen, um durch ein sittliches Betragen zu beweisen, dass der Zweck des Vereins ein guter ist. Eben durch unser sittliches Betragen müssen wir uns nach jeder Richtung hin Achtung zu erringen suchen [...]. Die sittliche Bildung ist der Hebel des gesellschaftlichen Wohlergehens.“⁸⁸ Hier flossen bürgerliche Argumentationslinien direkt in das Arbeitervereinsleben ein. Auch aus diesem Blick-

⁸⁴ Offermann, Arbeiterbewegung, 1979, S. 341-345; Tennstedt, Sozialgeschichte, 1981, S. 138; Aldenhoff, Schulze-Delitzsch, 1984, S. 128 ff.

⁸⁵ Gosewinkel/Reichardt (Hg.), Ambivalenzen, 2004; Gosewinkel, Zivilgesellschaft, 2003, S. 23 (mit weiterführender Literatur). Die Definition eines klar umrissenen Gegenüber erleichterte die Formulierung von zivilgesellschaftlichen Forderungen und erhöhte deren Wirksamkeit. Das Bürgertum agierte gegen den Adel, die Arbeiterbewegung gegen das Bürgertum.

⁸⁶ Siehe auch für das Bürgertum: „Universeller Anspruch und soziale Distinktion – beide gehörten zur Bürgerlichkeit des 19. Jahrhundert“ (Hettling/Hoffmann: Historisierung bürgerlicher Werte, 2000, S. 18).

⁸⁷ Siehe auch Hachtmann, Berlin 1848, 1997, S. 488-490.

⁸⁸ Der Botschafter, Nr. 45 vom 9. November 1867, (ND 1990, S. 65). Eine Untersuchung zum Sittlichkeitsbegriff und –diskurs in Arbeiterschaft und Bürgertum, der sich durch die Debatte um die soziale Frage zog, steht noch aus. Der Begriff „sittlich“ oszilliert hier zwischen zwei Bedeutungen: Einerseits im Sinne von: „den allgemeinen gültigen gesetzen des guten menschlichen handelns und der ihm zu grunde liegenden inneren menschlichen art gemäsz“ [sic!] (Jacob und Wilhelm Grimm, Deutsches Wörterbuch, Leipzig 1905, 10 Bd., I. Abt, Sp. 1269); andererseits enthält der Begriff auch philosophische Anklänge im Sinn des „aus freier Entscheidung hervorgehende[n] Verhalten[s] der Menschen in Hinblick auf sein Sollen“ (Karl Hörmann: Sittlichkeit, in: Lexikon der christlichen Moral, 1976, Sp. 1441-1443). Eine klassenkämpferische Konnotation wie sie bei Bertolt Brecht zum Ausdruck kommt („Unsere Sittlichkeit leiten wir von den Interessen unseres Kampfes gegen die Unterdrücker und Ausbeuter ab.“) ist noch nicht auszumachen (B. Brecht, Me-ti. Buch der Wendungen (1932/42), zit. n. Koselleck/Orth, Interesse, 1979, S. 360).

winkel war die Arbeiterbewegung und mit ihr ein Teil der Arbeiterschaft in die Gesellschaft eingeschlossen, zugehörig.⁸⁹

Der Verein blieb das organisatorische Vorbild. Mit bewundernswerter Selbstverständlichkeit diskutierten die Delegierten der Vereins- und Parteitage über Satzungsfragen ihrer Organisationen; im Vorfeld dieser Veranstaltungen zirkulierten unter den Vorstandsmitgliedern verschiedene Formulierungen, wurden Varianten ausgelotet, Tagesordnungsprogramme entworfen.⁹⁰ Die Lektionen bürgerlicher Vereinsführung hatte die frühe Arbeiterbewegung zur Genüge gelernt – entweder als Mitglieder in bürgerlich geleiteten Arbeiter(bildungs)vereinen (August Bebel beispielsweise) oder durch entsprechend ausgebildetes Führungspersonal andererseits (Ferdinand Lassalle, Wilhelm Liebknecht).⁹¹

In diesen Prozess sollten möglichst viele integriert werden, denn das Ideal war – durchaus in Anlehnung an das liberale Vorbild - der sich artikulierende, einmischende, selbstbestimmt und selbstständig handelnde Bürger. „Möchte diese unermüdliche Thätigkeit [von F. W. Fritzsche, Präsident des Zigarrenarbeiterverbands] alle Collegen, vorzüglich aber die intelligenteren, anspornen, auch ihrerseits *selbstthätig zu schaffen am großen Ganzen*, damit unsere Bestrebungen auch in weiteren Kreisen immer tiefer Wurzel schlagen und unsere Widersacher sehen, dass ein echter Kern noch unter den braven Collegen vorhanden ist“ lautete die Botschaft in einem Kasseler Arbeiterverein an die Mitglieder.⁹² Religiös-metaphorisch überhöht hatte bereits Stephan Born in der Zeitung „Die Verbrüderung“ das Ziel des autonom agierenden Arbeiters formuliert: „[W]ir [sind] es selber [...], wir die Arbeiter, die Alle zusammen den wunderbaren Messias der Neuzeit in sich vereinigen, weil *wir* es selber sind, die der Gesellschaft eine neue Form der Existenz geben *müssen*.“⁹³ Der Bürger in der Vorstellung der frühen Arbeiterbewegung wurde als Staatsbürger verstanden: „Ein guter Bürger ist niemals ein Bourgeois“, hieß es in der Zeitung des Kölner Arbeitervereins bereits 1848; und es war nur konsequent, wenn in einer Kölner Arbeiterversammlung dem Vortragenden nach der Begrüßungsformel „Meine Herren“ aus dem Publikum prompt „Nicht Herren, Bürger“ entgegenschlug.⁹⁴

Eben weil die Idee des Staatsbürgers prägte und – wie oben gesehen – die Arbeiterbewegung ihr Handeln auf die staatliche Sphäre ausrichtete, bildeten sich

⁸⁹ Siehe auch Welskopp, Banner, 2000, S. 608.

⁹⁰ Vgl. die Quellen in Fischer (Hg.), Brieftagebuch, 1994, passim.

⁹¹ Dieser Lernprozess gerade hinsichtlich ‚verfahrenstechnischer‘ Frage ist bis jetzt noch nicht hinreichend geklärt (und lässt sich angesichts fehlender Quellen wohl auch nicht endgültig klären). Der Einfluss des bürgerlichen Umfeldes ist dabei aber unübersehbar.

⁹² Der Botschafter, Nr. 9 vom 2.3.1867, (ND 1990, S. 4, Hervorhebung von JS).

⁹³ Zit. nach Stangl, Sozialismus, 2002, S. 78, Hervorhebung im Original.

⁹⁴ Zeitung des Arbeiter-Vereines zu Köln, Nr. 9 vom 18.6.1848 (ND 1976, S. 84); Freiheit, Brüderlichkeit, Arbeit. Organ des Arbeitervereins Köln, Nr. 1 vom 26.10.1848 (ND 1980, S. 7); siehe auch Welskopp, Banner, 2000, S. 577.

spezifische partizipative Formen aus. Der politische Verein wurde zum Ort, an dem man lernte, sich zu artikulieren, Forderungen zu erheben, sich durchzusetzen. Blickt man auf die Mitgliederentwicklung der frühen Sozialdemokratie wird aber auch deutlich, wie begrenzt die Reichweite dieses zivilgesellschaftlichen Programms blieb. In den Auslands- und Handwerkervereinen der 1830er und 1840er Jahre „lag die Zahl der gemeinsam politisch organisierten Handwerksgesellen und Intellektuellen [...] nie über 1000.“⁹⁵ Für das Jahr 1868 lassen sich bei den liberalen Arbeiterbildungs- und Handwerkervereinen – zu einem Zeitpunkt, als die liberale Bewegung allerdings schon im Schrumpfen war – in 117 Vereinen insgesamt 12.653 Mitglieder nachweisen. Insgesamt dürfte Mitte/Ende der 1860er Jahre die Gesamtzahl kaum über 25.000 gelegen haben.⁹⁶ In diesem Zeitraum war die Mitgliederzahl des ADAV starken Schwankungen ausgesetzt und lag zwischen rund 2.500 (1867) und 12.000 (1869) Mitgliedern.⁹⁷ Angesichts von Mitgliederfluktuation, Vereinsauflösungen, säumigen Beitragszahlern wird man den Kern der Arbeiterbewegung in den 1860er Jahren wohl auf einige wenige Milieunetzwerker pro Verein begrenzen können. Diese wiederum waren vollauf damit beschäftigt – und zum Teil überlastet – die Ideen von Partizipation und selbstbestimmten Handeln zu verbreiten.

Messen ließ sich der Erfolg in den Reichstagswahlen. Hier stieg nicht nur die Wahlbeteiligung, sondern auch der Anteil der sozialdemokratischen Stimmen.

Tabelle: Sozialdemokratische Wahlergebnisse bei Reichstagswahlen im Norddeutschen Bund/ Deutschen Reich 1867-1878

Wahl	Wahlbeteiligung %	Sozialdemokratische Stimmen, absolut	Sozialdemokratische Stimmen, %	Mandate, insgesamt
12.2.1867		58.000		2
31.8.1867		34.912		7
3.3.1871	51,0	101.927	3,1	2
10.1.1874	61,3	351.670	6,8	10
10.1.1877	60,6	493.447	9,1	13
30.7.1878	63,4	437.158	7,6	9

Quelle: Welskopp, Banner, 2000, S. 495. Für die beiden Wahlen 1867 und bei den Mandatszahlen leicht abweichende Angaben bei Grebing, Arbeiterbewegung, 1987, S. 199. Prozentanteil an der Zahl der gültigen Stimmen.

⁹⁵ Schieder, Anfänge der deutschen Arbeiterbewegung, 1963, S. 125.

⁹⁶ Eigene Berechnungen nach Birker, Arbeiterbildungsvereine, 1973, S. 98-133. Berücksichtigt wurden bei der Berechnung nur die in den Tabellenzusammenstellungen Birkers verzeichneten Vereine. Für eine Reihe von Regionen liegen für die späten 1860er Jahre nur für einzelne Orte Angaben vor. Da außerdem eine Vielzahl an Vereinen ihre Mitgliederzahlen nicht meldeten, ist die geschätzte Zahl von 25.000 wohl nicht unrealistisch. Dass die liberale Arbeitervereinsbewegung sich im Niedergang befand, zeigt sich vor allem am Beispiel Berlins, wo 1864 noch rund 2000, 1868 dagegen nur noch rund 100 Vereinsmitglieder verzeichnet waren (ebd., S. 91).

⁹⁷ Offermann, Arbeiterpartei, 2002, S. 111. Bei all diesen Zahlenangaben kommen Probleme der Mitgliederfluktuation, der Beitragssäumnisse etc. hinzu, die hier jedoch nicht weiter verfolgt werden sollen.

Auch wenn viele Arbeiter und Handwerker nicht den Weg zu den sozialdemokratischen Vereinen/Parteien fanden, erkannten sie dennoch im Wahlakt ihre Chance, auf die staatliche Ordnung einzuwirken. Bedenkt man wie repressiv, patriarchalisch die Angebote von Seiten des liberalen und konservativen Bürgertums in ihren Vereinen waren, wird der emanzipatorische Einfluss der Sozialdemokratie auf die Arbeiterschaft deutlich. Nicht – wie von Bismarck mit Einführung des freien, gleichen, (geheimen) Männerwahlrechts erhofft – als Stimmlieferanten für die Konservativen äußerten sie sich, sondern als Wähler und Staatsbürger, die autonom entschieden.⁹⁸

Aus dieser Argumentation ergeben sich für das definitorische Merkmal Emanzipation/Partizipation jedoch normative Implikationen, die hier abschließend angedeutet werden sollen. Mit Hinblick auf die Wahlentscheidung für eine der sozialdemokratischen Arbeiterparteien in einer ihnen wenig wohlgesonnenen Umgebung ließe sich argumentieren, dass im emanzipatorischen Akt und in der autonomen Willensentscheidung des Einzelnen das zentrale Moment für zivilgesellschaftliches Handeln liegt. Die frühe Arbeiterbewegung hatte in diesem Prozess den entscheidenden Beitrag geleistet. Andererseits kann man argumentieren, dass diese Entscheidungsprozesse auch von Wählern nationalistischer Parteiströmungen (oder der NSDAP oder heute rechtsradikaler Gruppierungen) reklamiert werden – nur dass sie ihre emanzipatorischen und partizipatorischen Ziele anders erklären.⁹⁹ Es besteht also die Möglichkeit, entweder einen analytisch breiten Zivilgesellschaftsbegriff zu verwenden, der allein partizipatorische Elemente des sich artikulierenden, einmischenden Akteurs bestimmt und misst, oder weitere normative Elemente wie innerdemokratische Strukturen, Toleranz, Anerkennung des Anderen, Gewaltverzicht in die Definition von Zivilgesellschaft einfließen zu lassen, um zu trennschärferen Ergebnissen zu kommen.¹⁰⁰ Es gilt demnach die Beziehungen zwischen Organisation, Emanzipation, Partizipation und Zivilgesellschaft genauer zu untersuchen, statt von einer vermeintli-

⁹⁸ Es ist daher zu kurzschlüssig und einseitig gedacht, wenn Roth formuliert: „Die wilhelminische Vereinsmeierei reproduzierte in ihren geschlossenen Zirkeln nicht nur soziale Distanz, Standesdünkel und Reputationsgehabe, sondern prägte eine politikferne und herrschaftskonforme Untertanenmentalität“ (Roth, *Die dunklen Seiten*, 2003, S. 62). Selbst für nationalistische Massenvereine, die Roth wohl im Visier hat, traf es nicht zu, dass sie „politikfern“ waren, außerdem suchten gerade diese Massenvereine klein- und unterbürgerliche Gruppen zu integrieren.

⁹⁹ Siehe auch Gellner, der argumentiert, dass nicht jede autonome Selbstorganisation eine Zivilgesellschaft schafft (Gellner, *The Importance of Being Modular*, 1995, S. 32-55); Roth, *Die dunklen Seiten*, 2003, S. 61 f.

¹⁰⁰ Damit ergibt sich auf der normativen Ebene des Zivilgesellschaftskonzepts das Problem, dass Zivilgesellschaft eine Vorstellung von „besserer Gesellschaft“ impliziert. In der Zivilgesellschaftskonzeption Antonio Gramscis etwa ist diese enge Verknüpfung keineswegs zugrunde gelegt (Haug, *Zivilgesellschaft*, 2001) und in der allgemeinen Zivilgesellschaftsforschung nach wie vor umstritten (siehe auch Gosewinkel/Reichardt (Hg.), *Ambivalenzen*, 2004, S. 6 f. (hier zu Gramsci)).

chen Kausalität zwischen diesen Phänomenen auszugehen.¹⁰¹ Dies soll in den folgenden Abschnitten knapp geschehen.

2. Demokratische Strukturen – innerorganisatorische Demokratie

Es kann hier keine Organisations- und Statutengeschichte von den Geheimbünden der 1830er Jahren bis zur Sozialistischen Arbeiterpartei von 1875 geleistet werden. Zum einen erschöpfte sich das Herrschaftsverständnis in der Sozialdemokratie keineswegs in der Dichotomie von „Partizipation und Führung“, zum anderen flossen Statutendiskussion und gelebte Vereinsöffentlichkeit keineswegs in eins.¹⁰² Es sollen im Folgenden daher nur einige allgemeine Tendenzen zu den innerorganisatorischen demokratischen Strukturen herausgestrichen werden.

Auf der einen Seite lassen sich für die frühe Arbeiterbewegung zahlreiche Defizite konstatieren. Für eine demokratische Organisationsbasis bestand in den Auslandsvereinen durch den Geheimbundcharakter kaum Spielraum. Zentralistischer Aufbau und eingeschränkte Mitwirkungsrechte von unten nach oben waren kennzeichnend. Im „Bund der Kommunisten“ hatte ab 1850 die Zentralbehörde „von Kongress zu Kongress [...] diktatorische Vollmacht. Sie regt die organisatorische und politische Tätigkeit des Bundes von oben an“.¹⁰³ Der straff zentralisierte ADAV glich unter der persönlichen „Diktatur der Einsicht“ Ferdinand Lassalles einer von oben nach unten geführten Organisation. August Bebel meinte 1863 auf dem Vereinstag der deutschen Arbeitervereine (VDAV): „Ich bin entschieden dagegen, dass die freien Arbeiterversammlungen das Recht haben sollen, Vertreter zum Vereinstag zu schicken. In Leipzig habe ich Gelegenheit gehabt, den Werth und das Treiben solcher großen Arbeiterversammlungen kennen zu lernen. Viele wussten gar nicht, worüber sie abgestimmt hatten. Solche Versammlungen haben keine Organisation, sie folgen dem augenblicklichen Eindruck, den ein gewandter Redner auf sie macht, es fehlt ihren Theilnehmern die vorbereitende Aufklärung [...]“.¹⁰⁴ Auch im VDAV herrschte demnach keineswegs eine Sympathie für „bottom-up“-Prozesse von der Basis hin zu den Leitungsgremien. Julius Vahlteich schließlich schrieb am 21.7.1869 an Bebel: „Lieber Freund! Ich bin über die Fassung Eurer Einladung zum Congreß sehr erschrocken, da wir hiernach ja gar kein Recht haben die Störenfriede [des

¹⁰¹ Vgl. Weißels, *Entwicklung der Zivilgesellschaft*, 2004, S. 185, der hier gegen Putnams Annahme argumentiert, dass Mitgliedschaft in Vereinen geradezu zwangsläufig zu verstärktem zivilgesellschaftlichem Handeln führt (Putnam, *Bowling Alone*, 1995).

¹⁰² Vgl. die Kritik an Christine Stangl, *Sozialismus*, 2002, von Thomas Welskopp in: *Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte* 90 (2003), S. 371 f.; sowie von Arno Herzig in: *Historische Zeitschrift* 276 (2003), S. 798-800.

¹⁰³ Zitiert nach Stangl, *Sozialismus*, 2002, S. 73.

¹⁰⁴ Bericht über die Verhandlungen des ersten Vereinstages deutscher Arbeitervereine, 7./8.6.1863, in: *Berichte über die Verhandlungen der Vereinstage deutscher Arbeitervereine 1863 bis 1869*, 1980, S. [34].

ADAV] auszuschließen. Wenn sie erst in der Versammlung sind, dann ist das Spiel verloren [...].¹⁰⁵ Wehrhafte Demokraten oder um ihre Machtressourcen fürchtende Politiker?¹⁰⁶ Zumindest gab es auf der organisatorischen Ebene und bei den Führungsmitgliedern Zweifel an einer dezentralisierten, nichthierarchischen Struktur in der frühen Arbeiterbewegung – Elemente also, die gemeinhin als charakteristisch für zivilgesellschaftliche Gruppen angesehen werden.¹⁰⁷

Dies war jedoch nur die eine Seite; die frühe Arbeiterbewegung hatte ebenfalls ihre innerdemokratischen Traditionen und Stärken. Denn zum einen gab es im organisatorischen Bereich durchaus demokratische Modelle. In der Organisationsform der Arbeiterverbrüderung aus dem Jahr 1848 wurde eine Vielzahl an Kontrollmechanismen der Basis über das „Zentralkomitee“ eingebaut und den „lokalen Gliederungen eine weitgehende Selbstständigkeit“ zugebilligt. Diese Organisationsstruktur hatte Vorbildcharakter für die Parteigründung der SDAP 1869.¹⁰⁸ Darüber hinaus verabschiedete man sich 1875 bei der Gründung der Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP) von den zentralistischen Strukturen, wie überhaupt die Organisationsform des Geheimbundes der 1830er Jahre – auch den sich wandelnden staatlichen Rahmenbedingungen geschuldet – keine Rolle mehr spielte.¹⁰⁹

Zum anderen wurden in den Vereinsversammlungen demokratische Mitbestimmungsrechte eingeübt und praktiziert. Im Verein erfolgte der Klärungsprozess über organisatorische, programmatische und lebensweltliche Fragen. Die Statuten waren für das Funktionieren der Bewegung wichtige Elemente, aber die Vereinsöffentlichkeit mit ihren – oft stundenlangen – Debatten legte den Grundstein für innerdemokratisches Verhalten. Zudem wurde diese interne Versammlungsdemokratie in den Volksversammlungen nach außen getragen und einer breiten Öffentlichkeit demonstriert, ‚vorgelebt‘, ja die Volksversammlung „verkörperte die institutionelle Umsetzung des Anspruchs auf direkte Demokratie“.¹¹⁰

Für die Debatte um zivilgesellschaftliche Normen und Definitionen scheint mir hier eine wesentliche Verknüpfungsebene zu bestehen. Der Rekurs allein auf partizipative und emanzipatorische Elemente ist nicht hinreichend, er bedarf der demokratischen Unterfütterung.

¹⁰⁵ J. Vahlteich an A. Bebel, SAPMO-BA, NY 4022/114.

¹⁰⁶ Siehe zur Gewaltproblematik unten S. 28.

¹⁰⁷ Vgl. Kaelble, Europäische Zivilgesellschaft, 2004, S. 270.

¹⁰⁸ Scharrer, Arbeiter, 1990, S. 41; siehe auch Stangl, Sozialismus, 2002, S. 81.

¹⁰⁹ Siehe Stangl, Sozialismus, 2002, S. 112; Welskopp, Banner, 2000, S. 29.

¹¹⁰ Vgl. Welskopp, Banner, 2000, bes. S. 230-254, 291-300, Zitat S. 297.

3. Soziales Verhalten im öffentlichen Raum

Im Idealbild der Zivilgesellschaft fließt ihren Trägern ein ganzes Bündel an sozialen Verhaltensweisen zu. Wie widersprüchlich sie sich zum einen auswirken, wie umkämpft, ja brüchig sie innerhalb der frühen Arbeiterbewegung zum anderen sein konnten, soll am Beispiel einiger zentraler zivilgesellschaftlicher Handlungsweisen im Folgenden deutlich gemacht werden.

Gemeinwohlinteressen statt Partikularinteressen, Toleranz und Anerkennung, Konfliktaustrag mittels Überzeugung statt Gewalt gehören zu diesem Wertekanon zivilgesellschaftlichen Handelns. Am Beispiel eines Wahlaufspruchs des ADAV aus dem Jahr 1871 wird das Spannungsverhältnis zivilgesellschaftlicher Werte deutlich: „Als selbstständige Männer habt Ihr im eigenen Interesse tätig zu sein. Nicht nur um Eurer selbst, auch um der Nation, des Vaterlandes willen habt Ihr dies zu tun; denn wir, das arbeitende Volk, bilden die ungeheure Mehrzahl im Staate, unsere Interessen sind die wahren Interessen des Staates und der Gesellschaft. Alle anderen Parteien, alle anderen Gesellschaftsklassen haben Sonderinteressen, die den Arbeiterinteressen gegenüberstehen. [...] Ihr aus der Arbeiterklasse, die Ihr Euren Brüdern voran seid in sozialer und politischer Erkenntnis, geht von Baustelle zu Baustelle, von Werkstatt zu Werkstatt, um schon jetzt Eure Brüder im Geiste Eurer Sache vorzubereiten. Wenn die Tage der Wahl kommen, muss die gesamte Arbeiterschaft wie ein Mann darstehen [sic], und als Verräter an der Sache der Arbeiter muss derjenige betrachtet werden, der aus Trägheit oder kurzsichtiger Gleichgültigkeit sein Recht und seine Pflicht zur Abstimmung versäumt.“¹¹¹

Zum einen wird hier der Gemeinwohlgedanke, die Sorge für das Ganze, unmissverständlich betont. Gleichzeitig wird jedoch die Instrumentalisierbarkeit dieser begrifflichen Redewendung deutlich. Es sind die Arbeiter selbst, die aus ihrer Sicht das Gemeinwohl definieren. Genauso gut ließen sich jedoch diese Formeln des „wahren Interesses“ und des „arbeitenden Volkes“ für Minderheitenpositionen missbrauchen. Da die frühe Sozialdemokratie vom politischen und sozialen Gestaltungsraum ausgeschlossen blieb, musste sie dieses Spannungsverhältnis zwischen Gemeinwohl- und Eigeninteresse vorerst nicht lösen. Insgesamt stellt sich unter diesem Aspekt für die Zivilgesellschaft die Frage, inwieweit zivilgesellschaftliche Trägergruppen angesichts von Ungleichheit und ungleicher Ressourcenverteilung überhaupt ihre durch den Rückgriff auf das Gemeinwohl legitimierten Interessen zunächst den Vorrang einräumen dürfen, wenn sich ihnen (langfristig) dazu die Möglichkeit bieten?¹¹²

Zum zweiten wird – allgemein gesprochen – an dem eben zitierten Wahlaufspruch deutlich, zu welcher Übersteigerung zivilgesellschaftliches Engagement führen

¹¹¹ Wahlaufspruch vom 31.1.1871 in Oldenburg, zit. n. Parisius, Groll, 1985, S. 139 f.

¹¹² Siehe auch unten S. 34.

konnte. Wer sich nicht als Arbeiter der vorgeblich für ihn nützlichen Sache anschloss, wurde als „Verräter“ verunglimpft.¹¹³ Das Anerkennungsprinzip, das abweichendes Verhalten tolerierte, wurde hier verletzt.¹¹⁴ Dabei galt in der frühen Arbeiterbewegung ein hohes Toleranzgebot: „Wir werden tolerant sein, ändern Meinungen nur die Kraft der Wahrheit entgegenstellen, denn wir wollen überzeugen und nicht zwingen, belehren und nicht bethören, demokratisieren und nicht demagogisieren, wollen moralisieren und disziplinieren, durch selbstständige Gesamtkenntniß zu innigen Gemeinverständniß, durch Gesamtwille zur Gemeinthat gelangen.“¹¹⁵ Dieser Anspruch wurde in der Realität durchaus umgesetzt, galt der überzeugend argumentierende, seinen Standpunkt verteidigende, Männlichkeit ausstrahlende Redner doch als Vorbild in den oft hitzigen Vereinsversammlungen. Dabei gelang durchaus die Verständigung, und die Meinung der anderen wurde anerkannt: „Nachdem man noch lange und lebhaft über verschiedene Vereinsgegenstände [im VDAV] debattirt hatte schloss der Vorsitzende gegen 12 Uhr die Versammlung und wir gingen nun Mehrere in den oberen Saal zu den Lassalleanern, welche auch fertig waren. Bald war eine lebhaftige Diskussion truppenweise im Gange, man vertheidigte beiderseits mit größtem Eifer sein Prinzip. Die Debatten wurden oft überlaut aber so interessant dass uns bald der hereinbrechende Tag dabei betroffen hätte, denn bereits in der dritten Stunde schieden wir in bester Eintracht [...]“¹¹⁶ Freilich gab es im Vorfeld von Wahlkämpfen auch heftige Auseinandersetzungen, in denen nicht nur das bessere Argument über den Sieg in einer Versammlung entschied, sondern ob eine der beiden anwesenden Arbeiterparteien über das größere Störpotential verfügte. Bis zu einem gewissen Grad machte der dosierte Einsatz von nonverbalem Konfliktverhalten erst zivilgesellschaftliches Verhalten möglich.¹¹⁷ Umstritten blieb allerdings diese Praxis in der frühen Sozialdemokratie durchaus.¹¹⁸ Mit Blick auf die

¹¹³ Besonders krass fiel dieses Verhalten im Kaiserreich bei den öffentlichen Kommunalwahlen auf, als in der sozialdemokratischen Presse Kampagnen gegen die Nicht-Wähler aus den Reihen der Sozialdemokratie geführt wurden (Beispiele bei Schmidt, Eine preußische Stadt, 2002).

¹¹⁴ Überspitzt formuliert – und zivilgesellschaftlich gewendet – ließe sich auch auf die Übersteigerung hin zu einer ‚Partizipationstyannei‘ verweisen, die von der überstarken Betonung selbstständigen zivilgesellschaftlichen Engagements ausgehen kann. Vgl. allgemein zu den Übersteigerungen von Zivilgesellschaft im Modell: Gosewinkel/Rucht, „History meets Sociology“, 2004, S. 48.

¹¹⁵ Johann Philipp Becker, in: Der Vorbote, Nr. 1, 1.1.1866, zit. n. Stangl, Sozialismus, 2002, S. 160.

¹¹⁶ August Wecke an August Bebel, 30.6.1869, zit. n. Welskopp, Banner, 2000, S. 243 sowie dort mit zahlreichen weiteren Belegen.

¹¹⁷ Siehe auch Gosewinkel/Rucht, „History meets Sociology“, 2004, S. 30 sowie allgemein Reichardt, Gewalt und Zivilität, 2004, S. 61-81 und Hasenöhl, Zivilgesellschaft und ziviler Ungehorsam, 2004, bes. S. 84-86, 97-100.

¹¹⁸ Freilich aus der Rückschau schildert der Gothaer SPD-Patriarch Wilhelm Bock 1927 ein Gespräch mit ADAV Mitgliedern, die eine Versammlung des liberalen Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereins „gesprengt“ hatten. Daraufhin Bock: ‚Hattet ihr keinen Redner, der ihm entgetreten konnte?‘ [...] ‚Nein, deshalb haben wir sie ja gesprengt.‘ ‚Nun Freunde, wir dürfen uns nicht ins Unrecht setzen, sonst leidet unsere gute Sache Schaden.‘“ Bock ging dennoch mit den Gothaer Mitgliedern zu einer weiteren Veranstaltung, in der er aber nicht zu Wort kam, worauf es zu „einem großen Tumult und zu einer großen Prügelei“ kam. Bock resümierte: „Dieser Vorgang hatte mich gelehrt, dass die Partei von allen radaulustigen Elementen gesäubert werden müsse, was mir unter Anwendung aller Vorsicht

bürgerliche Gruppe schließlich herrschte oft eine gegenseitig bedingte Kommunikationsblockade. Diese Haltung zeichnete sich im Verlauf des Kaiserreichs immer stärker ab, da es, wie ein Erfurter Pfarrer meinte, keinen „gemeinsamen Boden wenigstens der Grundanschauungen“ gebe.¹¹⁹

Recht schnell und langfristig wirksam setzte sich bei der Arbeiterbewegung der Gewaltverzicht in der politischen Auseinandersetzung durch. Konflikte wurden mit Argumenten und Worte ausgetragen.¹²⁰ Andererseits ging man aber auch Konflikten nicht aus dem Weg, sondern zeigte sich streitbar und versuchte zu überzeugen. Nicht Konflikt-, sondern Gewaltverzicht ist daher ein Schlüsselement, wenn man Zivilgesellschaft als die „bessere Gesellschaft“ bezeichnet. Dass dies einer zivilgesellschaftlichen Trägergruppe jedoch ‚nicht automatisch‘ inhärent sein musste, sondern sich erst allmählich durchsetzte, faktorengelungen war und auch wieder verloren gehen konnte, zeigt sich auch am Beispiel der Arbeiterbewegung, etwa in der gewaltförmigen Entwicklung der Weimarer Republik.¹²¹

4. Exklusion/Inklusion

Die soziale Basis der frühen Sozialdemokratie bestand aus Handwerkern und Lohnarbeitern.¹²² Im Gegensatz zu zahlreichen bürgerlichen Vereinen (siehe oben) schlossen die Vereine und Parteien der frühen Arbeiterbewegung irgendwelche Berufs- und Bevölkerungsgruppen nicht bewusst aus. Vielmehr operierten sie mit einem umfassenden, offenen, generalisierenden Arbeiterbegriff. „Arbeiter sind wir alle, insofern wir nur eben den Willen haben, uns in irgendeiner Weise der menschlichen Gesellschaft nützlich zu machen“, argumentierte Ferdinand Lassalle in seinem „Arbeiterprogramm“ von 1862.¹²³ Diese Überhöhung des Arbeiterbegriffs, die in der formelhaften Beschreibung Lassalles gipfelte, 96 ¼ Prozent der Bevölkerung seien Arbeiter,¹²⁴ hatte Tradition in der frühen Arbeiterbewegung.¹²⁵ Daneben existierten je-

auch gelang. Schon im Jahr 1870 hatten wir eine Gruppe von 55 gut disziplinierten und belesenen Genossen [...]“ (Bock, Im Dienste der Freiheit, 1927, S. 16 f.).

¹¹⁹ Schmidt, Politik und Lebenswelt, 2001, S. 174.

¹²⁰ Der Aspekt des Gewaltverzichts ließe sich auch am Beispiel der Streikgeschichte sowie an der Geschichte des 1. Mai vertiefen, wo die Konfrontation mit der Staatsmacht von Seiten der Sozialdemokratie gesucht wurde, jedoch gleichzeitig in der Sozialdemokratie auf den disziplinierten, gewaltfreien Ablauf Wert gelegt wurde.

¹²¹ Vgl. allgemein zu der Vorstellung Zivilgesellschaft sei ein gegebenes Gut, noch dazu positiv besetzt: Keane, Civil Society, 1998, S. 49 ff., der diese Haltung kritisiert.

¹²² Vgl. zur Diskussion um die soziale Basis der frühen Arbeiterbewegung Kocka, Lohnarbeit 1983; Kocka, Arbeitsverhältnisse, 1990; Welskopp, Banner, 2000.

¹²³ Ferdinand Lassalle, Arbeiterprogramm, 1862, zit. n. Scharrer, Arbeiter, 1990, S. 152. Zur Entstehungsgeschichte siehe knapp ebd., S. 69 f.

¹²⁴ Grebing, Arbeiterbewegung, 1987, S. 61; Euchner u. a.: Geschichte der sozialen Ideen, 2000, S. 135 f.

doch weitere Arbeiterbegriffe und die Definition blieb unscharf. In manchen Artikeln und Reden findet sich ein enger Bezug auf Arbeiter-Gesellen, häufig wird er im Kontrast zum Bourgeois, zum Ausbeuter, verstanden und vereinzelt bereits auf den Lohnarbeiter eingeeengt.¹²⁶ Dies spiegelt auch eher die Realität der Vereine, deren Zusammensetzung – trotz aller Differenzierungen im Einzelnen – aus dem gewerblich-industriellen Umfeld kamen, wo sie in der überwiegenden Mehrheit in abhängigen, zum Teil in selbstständigen Positionen körperliche Arbeit verrichteten. Mochte in der Führungsspitze auch ein gewisser Anteil an „Intellektuellen“ auftauchen, blieben sie insgesamt die klare Minderheit, die über fünf Prozent weder im ADAV, VDAV, noch in der SAP hinaus kamen.¹²⁷

Dennoch blieb das Universalitätsprinzip sowohl als Utopie und Fernziel, als auch als Agitationsmuster bestehen. Gegenüber dem Vorwurf, nur die Interessen einzelner Bevölkerungsgruppen zu vertreten, argumentierte Wilhelm Liebknecht auf dem Vereinigungsparteitag von 1875: „Das Wort Arbeiter hat durchaus keinen exklusiven Charakter. Arbeit ist Bethätigung des Menschenthums. [...] Durch Arbeit wird der Mensch erst zum Menschen. Arbeiter heißt also Mensch – [...] und Arbeiterpartei nennen wir uns nicht blos, weil wir die Arbeit als einzige wirtschaftliche Basis der Gesellschaft, den Arbeiter als einziges nützliches Mitglied der Gesellschaft anerkennen [...], sondern auch im Hinblick auf den echt menschlichen Charakter der Arbeit, weil die Arbeit alleinige Trägerin der Kultur und des Menschenthums ist [...]“.¹²⁸

Wenn in der sozialen Realität der Vereine sich dieser umfassende Anspruch nur eingeschränkt widerspiegelt, stellt sich zunächst die Frage, wie es zu den Ab- und Ausgrenzungen kam. Vier Aspekte seien kurz herausgestrichen. Zunächst enthielt die Inklusionsmetapher neben einem gehörigen Stück Utopie auch eine Menge Rhetorik, die überhaupt nicht realisierbar war. Hinzu kam zweitens eine Exklusion qua Form. Zahlreiche Begriffe, Werte und Umgangsformen stammten aus der Welt des männlich dominierten Handwerks. Frauen, Landarbeiter und unqualifizierten

¹²⁵ „Unter Arbeiter verstehen wir jeden, der von seiner eigenen Arbeit und nicht von der Ausbeutung anderer Arbeiter lebt, jeden, der durch seine persönliche Thätigkeit dem Ganzen, entweder der Gemeinde oder dem Volksganzen nützt, mag er als Fabrikarbeiter, als Handwerker den Bedürfnissen der Menschheit genügen und den Wohlstand der Nation schaffen, oder durch die Arbeit des Kopfes seinen Beitrag zur Befreiung, Bildung und Veredlung des Volkes liefern“ (Allgemeine Arbeiter-Zeitung, Heft 1, 18. Mai 1848).

¹²⁶ „Man versteht darunter [unter dem Begriff Arbeiter, JS] eine Person, welche ihren Arbeitsertrag gegen Lohn einem Anderen (dem Unternehmer oder Kapitalisten) überlässt. Es wäre daher offenbar richtiger, statt schlechthin ‚Arbeiter‘ in diesem Sinne stets ‚Lohnarbeiter‘ zu sagen, allein man wird einräumen, dass dies ein sprachlicher Einwand ist, kein volkswirtschaftlicher, und dass es daher lächerlich ist, in ernsthaften sozialpolitischen Debatten mit diesem Einwand zu kommen, als würde dadurch an der Sachlage etwas geändert, dass man dem Ding einen anderen Namen gibt“ (Deutsche Arbeiterhalle, Nr. 22, 4.12.1868).

¹²⁷ Vgl. Welskopp, Banner, 2000, 98-137; Offermann, Arbeiterpartei, 2002, S. 222-232.

¹²⁸ Protocoll des Vereinigungs-Congresses der Sozialdemokraten Deutschlands, 22. bis 27. Mai 1875, Leipzig 1875, S. 35 f. (ND 1976); siehe auch Conze, Arbeiter, 1979, hier S. 231-234.

Arbeitern blieben daher diese Räume fremd und verschlossen.¹²⁹ Eines der zivilgesellschaftlichen Prinzipien zur Überwindung der Exklusion, die Anerkennung des Andersseins, war gerade hinsichtlich des distanzierten Verhaltens seitens der Landarbeiter, in den Führungskreisen der Arbeiterbewegung nur schwach ausgeprägt.¹³⁰ Diese Art des Ausschlusses geschah keineswegs nur indirekt, sondern gegenüber den „Proletariern“ durchaus bewusst von Seiten der frühen Arbeiterbewegung.¹³¹ In einer durch soziale Ungleichheit gekennzeichneten Gesellschaft, in der die (sozialen) Forderungen der frühen Arbeiterbewegung unverkennbar darauf abzielten, an den Besitztiteln und Besitztümern eines Großteils der bürgerlichen Gruppen – keineswegs nur die „restlichen“ 3 ¾ Prozent Kapitalisten und Ausbeuter – zu rütteln, bestand drittens eine Exklusion qua Inhalt. Zwar mochte sich beispielsweise durch die Kritik am großen Kapital eine Zahl von Einzelhändlern von den Ideen der Arbeiterbewegung angezogen fühlen. Aber diese Reichweite blieb – wie die soziale Basis der Vereine zeigt – begrenzt. Verwurzelt in die Marxsche Theorie - wie etwa die These vom Absterben des Mittelstands - strahlte die frühe Arbeiterbewegung für ganze Gruppen von Handwerksmeistern und Kaufleuten keine Attraktivität aus. Schließlich tat eine Exklusion qua Gesetz ihr übriges. Frauen war durch das Vereinsrecht der Zutritt zu politischen Vereinen bis 1908 verboten. Der aus der Arbeiterbewegung selbst und ihren Formen resultierende Ausschlussmechanismus bei Frauen brauchte vorerst nicht problematisiert zu werden. Die Arbeiterführer konnten sich auf die gesetzlichen Bestimmungen berufen, während sie doch tatsächlich in geschlechterspezifischen Rollenverständnissen verhaftet blieben und die frühe Arbeiterbewegung alles andere als ein attraktives Beteiligungsfeld für Frauen bot.

Schließlich stellt sich die Frage, ob diese Exklusionsmechanismen, die ja der Vorstellung der besseren Gesellschaft zuwiderliefen, nicht auch für das zivilgesellschaftliche Engagement der frühen Arbeiterbewegung bis zu einem gewissen Grad notwendig waren. In einer Umgebung, in der ihr Respektabilität abgesprochen wurde, musste sie sich zum einen erst ihrer Werte und Normen selbst versichern, um diese dann auch nach außen tragen zu können. Aus diesem Blickwinkel war kaum daran zu denken, die lediglich auf Krawall und Provokation ausgerichteten Arbeiter in die eigenen Reihen aufzunehmen. Um als ernster Gesprächspartner und ernsthafter Konkurrent überhaupt wahrgenommen zu werden, musste sich die frühe Arbeiterbewegung erst um jene Arbeitergruppen kristallisieren, die ihre „bürgerlichen Lektionen“ gelernt hatten.¹³² Erst von da aus bestand für die

¹²⁹ Siehe auch Hachtmann, Berlin 1848, 1997, S. 487-491.

¹³⁰ Vgl. zum Anerkennungsprinzip auch Nolte, Zivilgesellschaft, 2003, S. 40; Gosewinkel/Rucht, „History meets Sociology“, 2004, bes. S. 45 f.

¹³¹ In der Zeitschrift „Freiheit, Brüderlichkeit, Arbeit“ des Kölner Arbeitervereins grenzte man sich gegen die „Drohnen im Bienenstock, die den Honig nur verzehren, den wir bereiten, aber keinen neuen schaffen: die Lumpenbourgeoisie und das Lumpenproletariat“ ab (Nr. 9 vom 23.11.1848).

¹³² August Bebel schrieb auf die Anfrage, ob ein Mitglied, das wegen Diebstahl eine längere Zuchthausstrafe verbüßt hatte, im Verein verbleiben dürfe: „Man möge untersuchen, ob der vorlie-

Führungsgruppen der Arbeiterbewegung die Möglichkeit, über Bildungsbemühungen, aber auch Interessenvertretung, neue Arbeitergruppen für ihr ‚Projekt‘ zu gewinnen, einzuschließen. Es gab hier zahlreiche Missverständnisse und Blockaden zu überwinden, aber erst durch, bzw. nach der Exklusion wurde es möglich, über die bloße Rhetorik des „wir alle sind Arbeiter“ konkrete Anknüpfungspunkte zu schaffen. Und weil im langfristigen Trend des 19. Jahrhunderts die Ressourcen für zivilgesellschaftliches Engagement (Rückgang der Arbeitszeit, Anstieg der Löhne, Verbesserung der Schulausbildung, innerfamiliäre Bildung etc.) stiegen, hieß Zivilgesellschaft eben auch Inklusion. Aber eben ein Inklusionsmechanismus, der sich entfalten musste, und nicht per se der Zivilgesellschaft eigen war.¹³³

Aber selbst aus diesem Blickwinkel, der von der Exklusion hin zur Inklusion argumentiert, gilt, dass ‚am Ende‘ nicht die „bessere Gesellschaft“ stand, in der sich alle Arbeiter wiederfinden konnten. Dies blieb – wie im bürgerlichen Fall – die Utopie. Die bis ins 20. Jahrhundert hineinreichende ausbleibende Integration großer Teile der ländlichen Arbeiter, auch der zwischen Stadt und Heimatdorf saisonal mobilen ländlichen Arbeiter zeigt dies deutlich.

IV. Arbeiterbewegung und Zivilgesellschaft – Zusammenfassung und Ausblick

1. Zusammenfassung

„Für die Wiedergewinnung ihrer Individualität mussten die Arbeiter sich vereinigen“, hieß es 1867 im Organ „Der Botschafter“.¹³⁴ In der Arbeiterzeitung der Cigarrenarbeiter kommt zum Ausdruck, was in der sozialwissenschaftlichen Literatur als „Assoziationslogik“ bezeichnet wird.¹³⁵ Individuelles Handeln verbindet sich mit solidarischem Handeln, um ein gemeinsames Ziel zu erreichen. Von daher war der einzelne Arbeiter gefordert, sich aktiv für seine Sache einzusetzen, wollte er die bestehenden Ver-

gende Fall ein Verbrechen enthalte das auch in den Augen der öffentlichen Meinung ein solches sei oder ein so [schweres] sei, ferner ob das Vergehen im Jugendübermuth oder aus Noth begangen worden sei. Endlich ob der Betreffende seit seiner Bestrafung gezeigt, dass er ein ordentlicher tüchtiger Mensch zu sein sich bestrebe. In letzterem Falle möchte man doch bedenken, dass es Unrecht sei dann einen Menschen als Aussätzigen zu behandeln und ihn aus der Gesellschaft auszustoßen. In wie weit das obige Urtheil zutrefte müße der Verein entscheiden“ (in: Fischer (Hg.), Brieftagebuch, 1994, S. 71).

¹³³ Siehe auch Lieske, Bildung, 2003, S. 121, 123 f.; Tenfelde, Civil Society, 2000, S. 85.

¹³⁴ Der Botschafter, Nr. 34 vom 24.8.1867, (ND 1990, S. 24).

¹³⁵ Vgl. Braun, Solidarität, Ms. 2003, S. 4, 14, mit Bezug auf Wex, Nonprofit-Sektor, 2002 sowie Strob, Der vereins- und verbandsorganisierte Sport, 1999.

hältnisse innerhalb der Gesellschaft verändern. Gefordert waren „citizen workers“ (Montgomery), keine angepasste „Masse“, die geführt werden wollte.¹³⁶ Weil die Arbeiterschaft – zugespitzt formuliert – in den bürgerlichen Angeboten keine Stimme erhielt, entschied sie sich zum Auszug, gründete ihre eigenen Organisationen und erhob ihre Stimme.¹³⁷

Wie sieht nach all den in den beiden vorangegangenen Kapiteln II und III vorgenommenen Differenzierungen die „Gesamtbilanz“ für die frühe Sozialdemokratie als zivilgesellschaftliche Trägergruppe aus? Die frühe Arbeiterbewegung kristallisierte sich als Akteur heraus, der zwischen Staat, Wirtschaft und Privatsphäre anzusiedeln ist. Vor allem in der Frühphase war die Sozialdemokratie fern von staatlichen Institutionen, ja agierte als Oppositionsbewegung. Zentrale Schaltstelle war die Öffentlichkeit, nicht die Privatsphäre. Die Arbeiterbewegung als politische Bewegung stand außerhalb des wirtschaftlichen Sektors, allerdings gab es durch die Genossenschaftsbewegung starke Verbindungslinien zu marktwirtschaftlichem Handeln. Es bestehen demnach durchaus Möglichkeiten, zivilgesellschaftliche Akteure über bereichslogische Zugänge – unter Berücksichtigung der Interdependenzen – zu analysieren. Mit Blick auf die Rolle des Staates und der Familie eröffnete sich außerdem die Fragestellung, wie viel Staat, (Markt)Wirtschaft oder Privatsphäre Zivilgesellschaft braucht bzw. verträgt.¹³⁸ Sozialdemokratische Werte wurden eben auch in den Familien vorgelebt und weiter gegeben, die wiederum auf das zivilgesellschaftliche Leben der frühen Arbeiterbewegung rückwirkten. Ein repressiver Staat zerstörte in den 1850er Jahren zum Teil die ersten Pflänzchen der Arbeiterbewegung, die aus der Revolution hervorgewachsen waren, während eine liberalere Politik ab 1858 ihnen zu wachsen verhalf.

Der größte Nachteil bereichslogischer Herangehensweisen ist sicherlich, dass durch den umfassenden Charakter eine gewisse analytische Beliebigkeit Einzug hält, wonach von der nationalsozialistischen Bewegung bis zur Arbeiterbewegung sich zunächst eine Vielzahl von Assoziationen, Vereinen und Parteien untersuchen lassen, die sowohl system- als auch sozialintegrative Funktionen übernehmen.¹³⁹ Dass diese Funktionen zivilgesellschaftlichen Anliegen diametral entgegenstehen können, zeigen die nationalistischen Verbände des 19. Jahrhunderts ebenso wie in noch stärkerem Maße die faschistischen oder kommunistischen Bewegungen des 20. Jahrhunderts.

¹³⁶ Siehe auch Welskopp, „Manneszucht“, 2004, (Ms. 2003, S. 4, 14).

¹³⁷ Siehe Hirschman, Abwanderung und Widerspruch, 1974; ders., Abwanderung 1992; Eisenberg, Arbeiter, Bürger, 1995, S. 73. Eisenberg argumentiert, dass im Vergleich zu England die deutschen Arbeiter zunächst keine Alternativen zur Verfügung hatten, daher erst Widerspruch gegen die Entwicklung in den liberalen Vereinen einlegten und aus dieser Konfliktverschärfung sich zum Auszug entschlossen.

¹³⁸ Gosewinkel, Zivilgesellschaft, 2003, S. 25; siehe auch den Tagungsbericht von Hase-nöhrl/Verheyen: Zivilgesellschaft, 2003.

¹³⁹ Diese Heterogenität stellt auch eines der Probleme der Dritten-Sektor-Forschung dar (siehe: Priller/Zimmer, Dritte-Sektor-Organisationen, 2004, S. 105-127, bes. S. 105, 107).

Daher wurde die Untersuchung der frühen Arbeiterbewegung um die Analyse sozialer Verhaltensweisen ergänzt, die zivilgesellschaftlichen Akteuren auf einer normativen Ebene zugeschrieben werden.¹⁴⁰ Besonders hier zeigen sich die zivilgesellschaftlichen Leistungen und Beiträge der frühen Sozialdemokratie. Die frühe Arbeiterbewegung entsprach – mit Abstufungen – wesentlichen normativen Grundannahmen einer zivilgesellschaftlichen Definition. Sie war in vielen ihren parteipolitischen Ausprägungen demokratisch verfasst, hatte demokratisch-organisatorische Traditionslinien, agierte autonom, förderte und forderte Emanzipation, Partizipation, selbstorganisiertes Handeln, übte Toleranz, trug zur Integration der Arbeiter als Staatsbürger in den Staat bei. Obwohl die Arbeiterschaft in der Nutzung von Ressourcen, die für zivilgesellschaftliches Engagement zentral sind (Zeit, Geld, Bildung), stark eingeschränkt war, konnte ein großer Teil der Arbeiter für eine gemeinsame Sache gewonnen werden. Diese Ungleichheitsdimensionen der Ressourcen verhinderten nicht zivilgesellschaftliches Handeln, weil die Arbeiterbewegung eine Perspektive bot.¹⁴¹ Auf individueller Ebene war Selbstdisziplin eine wesentliche Voraussetzung für dieses Engagement. Die Hoffnung, mit der Arbeiterbewegung als Ganzes ein Stück weit auch individuell vorwärts zu kommen, wirkte sicherlich auch mit. Von einer völligen Selbstlosigkeit der Akteure auszugehen, würde das Zivilgesellschaftskonzept mit einem moralischen Anspruchsdenken völlig überfrachten.

Es gab eben in der „zivilgesellschaftlichen Vorzeigegruppe“ der frühen Arbeiterbewegung auch Elemente, die deutlich machen, dass Zivilgesellschaft nicht zwangsläufig zur besseren Gesellschaft führen muss, dass die frühe Arbeiterbewegung sich nicht exakt passförmig in das Zivilgesellschaftskonzept fügt. Exklusionsmechanismen, die Konstruktion eines „Anderen“, das es – zumindest in der Rhetorik – zu bekämpfen und zu vernichten galt, waren der frühen Arbeiterbewegung ebenfalls inhärent.¹⁴² Auch wenn die Führungsebene besonderen Wert auf ein diszipliniertes Auftreten legte, gab es in der Praxis durchaus noch Auseinandersetzungen, die gewaltförmig abliefen. Gerade hier wirkte jedoch die Arbeiterbewegung „erzieherisch“ auf ihre Mitglieder ein.

¹⁴⁰ Einen umgekehrten Ansatz vertritt Heins, der bereichslogischen Definitionen den Vorzug einräumt und davon ausgeht, dass es in realen Zivilgesellschaften „nicht immer besonders ‚zivilisiert‘ zugeht“ (Heins, *Das Andere*, 2002, S. 84).

¹⁴¹ Während Zivilgesellschaft offensichtlich in gewissen Grenzen ein Maß an Ungleichheit verträgt, ja überhaupt zu zivilgesellschaftlichem Handeln Anreize schafft, darf die Ungleichheitsdimension und – erfahrung nicht solche Ausmaße annehmen, dass sie lähmend und abstumpfend wirkt. In einer Mischung aus quantitativer und qualitativer Methode ließe sich das Austarieren dieser Pole möglicherweise untersuchen. Die zunehmende Ungleichheit in den Ressourcen und die damit verbundene Perspektivlosigkeit wird im Hinblick auf die Arbeiterschaft der Gegenwart als ein Faktor ausgemacht, der diese Bevölkerungsgruppe zunehmend von zivilgesellschaftlichen Aktivitäten abhält (siehe Nolte, *Zivilgesellschaft*, 2003, S. 43 mit Bezug auf Peter Hall und die Arbeiterschaft in Großbritannien nach 1950, Hall, *Sozialkapital*, 2001).

¹⁴² Programmatisch im Bund der Kommunisten 1847: „Der Zweck des Bundes ist der Sturz der Bourgeoisie, die Herrschaft des Proletariats, die Aufhebung der alten, auf Klassengegensätzen beruhenden bürgerlichen Gesellschaft und die Gründungen einer neuen Gesellschaft ohne Klassen und ohne Privateigentum“ (zit. nach Stangl, *Sozialismus*, 2002, S. 70).

In der Verbindung von Zivilgesellschaft und besserer Gesellschaft liegt ein starker Utopiegehalt, der jedoch analytisch genutzt und dabei – wie ich zu zeigen versucht habe – aufgebrochen werden kann.

2. Chancen und Probleme bei der Verwendung des Zivilgesellschaftsbegriffs für die Analyse der Arbeiterbewegung

a) Generell geraten wir bei der Untersuchung der frühen Arbeiterbewegung unter zivilgesellschaftlichen Fragestellungen unmittelbar in den Spannungskonflikt von Gemeinwohl- und Gruppeninteressen. Einerseits ließe sich argumentieren, dass die Arbeiterbewegung ausgeprägte Gruppeninteressen ihrer Klientel, der Arbeiterschaft, vertrat, diese jedoch an universalistische Regeln und zivilgesellschaftliches Handeln band. Die Eigeninteressen wären demzufolge zivilgesellschaftlich „rückgebunden“, und demnach stünde die Zugehörigkeit der Arbeiterbewegung zur Zivilgesellschaft außer Frage. Mühelos vollzog beispielsweise die Erfurter Sozialdemokratie in den 1870er Jahren diesen Spagat. Die Agitation für die eigene Arbeiterzeitung wurde mit dem Hinweis betrieben, dass nur so der Arbeiter begreifen könne, „wer in Wirklichkeit für die Rechte der Menschheit eintritt“.¹⁴³ Selbst die Werbung für das Medium des eigenen Milieus wurde nicht gruppenegoistisch, sondern universalistisch begründet. Andererseits ließe sich argumentieren, dass Gruppeninteressen hier (und in anderen Fällen) nur zivilgesellschaftlich übertüncht würden und letztlich zu einem völlig ausufernden Zivilgesellschafts-Begriff führten. Dagegen haben die oben dargestellten empirischen Belege zur frühen Arbeiterbewegung gezeigt, dass Partikularinteressen und zivilgesellschaftliches Handeln eng miteinander verwoben sein können. Ein generelles Ausschlusskriterium von der Zivilgesellschaft bietet demnach das Charakteristikum „Gruppeninteresse“ nicht. Vielmehr kommt es darauf an, das gesamte diskursive Umfeld und die Handlungsweisen der Akteure und Bewegungen genau zu analysieren, um ihre zivilgesellschaftliche Gebundenheit oder Ungebundenheit analysieren zu können.¹⁴⁴

b) Da das Modell Zivilgesellschaft mit einem starken idealistischen und utopischen Gehalt ausgestattet ist, sind ihm – zumindest in seiner Endperspektive – harmonisierende Tendenzen nicht abzusprechen. Innergesellschaftliche Spannungslinien und Konfliktlagen können so leicht in den Hintergrund geraten. Zugespitzt formuliert: Konzentriert man sich auf die partizipatorischen und emanzipatorischen Leistungen der frühen Arbeiterbewegung, auf ihre integrierende Funktion, durch die Hunderttausende, am Ende des 19. Jahrhunderts Millionen von Arbeitern etwa über den Wahl-

¹⁴³ Polizeilicher Überwachungsbericht einer Volksversammlung, 18. März 1878, Stadtarchiv Erfurt 1-2/124-1, Bl. 165 f.

¹⁴⁴ Vgl. für diese Diskussionszusammenhang auch die These, dass gemeinwohlbezogenes Handeln nicht zum definitorischen Kern von Zivilgesellschaft gehören muss (Goswinkler/Rucht, *History meets Sociology*, 2004, S. 50, mit Bezug auf Heins, *Das Andere*, 2002).

akt in den Staat einbezogen wurden, besteht die Gefahr, dass die ökonomischen und sozialen Spannungen unterbelichtet bleiben. Der analytische Zugriff über den Begriff der Klasse, der stark auf die Dichotomisierung der Gesellschaft abhob („Klassenkampf“), soziale Ungleichheit, ökonomische Herrschafts- und Abhängigkeitsverhältnisse betonte, tritt in den Hintergrund. Insofern könnte über die Verwendung des Zivilgesellschaftsbegriffs leichter als über die Verwendung des Klassenbegriffs ein harmonischeres Bild einer Gesellschaft entstehen. Andererseits streicht der Blick auf die Arbeiterbewegung aus der Perspektive der Zivilgesellschaft, die selbstbewusste Reklamation, die ‚eigentlichen, wahren Bürger‘ zu sein, erst diese Partizipationsleistungen besonders deutlich heraus, die unter klassenspezifischer Herangehensweise zu stark in den Hintergrund gedrängt werden.

c) Konzentriert man sich wie in diesem „discussion paper“ auf die Untersuchung von Arbeiterbewegung und Zivilgesellschaft, besteht die Gefahr, dass die nicht fest organisierten, informellen Netzwerke unterbelichtet bleiben. In den Arbeitervierteln der Städte des 19. Jahrhunderts trugen gerade diese Verbindungen, größtenteils von den Arbeiterfrauen geknüpft und gepflegt, dazu bei, das Leben erträglicher zu gestalten. „Bottom up“-Prozesse an der Basis, die durchaus gegen den Willen der zivilgesellschaftlichen Akteure der Arbeiterbewegung auf den Weg gebracht werden konnten – etwa auf betrieblicher Ebene, wenn es aus dem Gefühl der Ehrverletzung heraus zu spontanen Arbeitsniederlegungen kam – würden außerhalb des Analyserasters liegen. Gerade in der Zivilgesellschaftsdebatte richtet sich die Aufmerksamkeit verstärkt auf Basisprozesse und Basisproteste. Für die Untersuchungsebene „Arbeiterbewegung/Arbeiterschaft“ bietet der Zivilgesellschaftsbegriff so eine wichtige Perspektive, da hier die Scharnier- und Verknüpfungsfunktionen zwischen Basis und organisierter Bewegung in den Blick kommen. Bereichslogisch gesprochen fanden sich diese Aktionen an den Rändern der Zivilgesellschaft mit starken Überschneidungen mit der familiären (Nachbarschaft) oder der wirtschaftlichen Sphäre (Betrieb). Handlungslogisch enthielten diese Aktionen selbst zivilgesellschaftliche Komponenten (Engagement, Selbsthilfe), wirkten auf die Arbeiterbewegung selbst zurück, zeichneten sich jedoch eher durch gruppenspezifische als gemeinwohlorientierte Verhaltensweisen aus – standen demzufolge ihrerseits wieder im Spannungsverhältnis zu zivilgesellschaftlichem Handeln.

d) Die (frühe) Arbeiterbewegung war geprägt von dem Impetus des Engagierens, des Teilnehmens und Teilhabens. Mit Verständnislosigkeit, zum Teil mit Aggression, reagierte sie auf Arbeitergruppen, die sich nicht für diese Verhaltensweisen gewinnen ließen. Zivilgesellschaftliches Handeln kann jedoch nicht heißen, bürgerschaftliches Engagement und bürgerschaftliche Verantwortung zur Norm zu erklären. „[D]as hieße, Zwang auf den Einzelnen auszuüben.“ Die Arbeiterbewegung stand daher wie andere zivilgesellschaftliche Akteure in dem Spannungsverhältnis, einerseits von

vielen Teilhabe einzufordern, andererseits aber die Grenzen des Anspruchs zu erkennen und zu respektieren.¹⁴⁵

e) Als analytische Kategorie bietet der Zivilgesellschaftsbegriff die Möglichkeit, die Arbeiterbewegung in der sie umgebenden Gesellschaft zu analysieren, ihre Querverbindungen aufzuzeigen, ihren Einfluss auf die Partizipation und Emanzipation der Gesamtgesellschaft herauszuarbeiten. Er erlaubt damit auch einen neuen Blick auf den Aspekt der Verbürgerlichung, die aus der Schmuddelecke des spießerischen Anpassertums herausgeholt wird und stattdessen die Leistungen der Arbeiterbewegung in diesem Prozess in den Mittelpunkt stellt.¹⁴⁶

Der Bezugspunkt Zivilgesellschaft hilft zu verstehen, dass die frühe Arbeiterbewegung sich an den bürgerlichen Vorläufern orientierte. Fluchtpunkt war zwar eine klassenlose, keine bürgerliche Gesellschaft, in der Praxis übernahm man jedoch das organisatorische Vorbild von bürgerlicher Seite, und in den Werten ergaben sich Überschneidungsflächen. Dieser Prozess lässt sich als Verbürgerlichung bezeichnen, meint jedoch nicht die bloße Übernahme, sondern die Aneignung und Transformation von bürgerlichen Vorstellungen. Individualismus etwa war immer eng mit solidarischem Handeln verbunden. Das Solidaritätsdenken wiederum resultierte zu einem wesentlichen Teil aus den Abhängigkeiten und Klassenspannungen in den Arbeitsverhältnissen. Der Wert der Arbeit, der wie im Bürgertum betont und gefeiert wurde, wurde im Gegensatz zum Bürgertum aus der Körperlichkeit der Arbeit abgeleitet.

Der Begriff der Verbürgerlichung wird also nicht in der propagandistischen Sprache (vor allem des späten Kaiserreichs und der Weimarer Republik) verstanden, wo er dazu diente, die angebliche „Verspießerung“ der Sozialdemokratie anzuprangern, sondern als nachweisbarer Prozess, der zu Emanzipation und Partizipation führte.

f) Fasst man Arbeiterbewegung unter zivilgesellschaftlichen Aspekten, tritt sie – wie erwähnt – in ein Spannungsverhältnis zu klassengesellschaftlichen Ansätzen, die die Entstehung der Arbeiterbewegung ausgehend von ökonomischen Klassenspannungen analysieren. Arbeiterbewegung umfasst unter zivilgesellschaftlicher Betrachtung ein dezidiert politisches Feld, erscheint als politischer Akteur zur Erringung von staatsbürgerlichen Rechten. Weniger der Betrieb, die Streiks, die genuin auf die Eigeninteressen der Arbeiterschaft bezogenen Konfliktlinien treten in den Vordergrund, sondern die Kämpfe um politische Partizipation der Allgemeinheit.

¹⁴⁵ Pollack, Zivilgesellschaft, 2003, S. 51; Heins, Das Andere, 2002, S. 53. Es gilt sich dann aber die Frage zu stellen, wie sich jenseits von Zwang die Bereitschaft zum Engagement herstellen lässt. Im Zirkelschluss musste die Antwort lauten: über zivilgesellschaftliches Verhalten.

¹⁴⁶ Für das späte Kaiserreich: Schmidt, Eine preußische Stadt, 2002; siehe auch Lieske, Bildung, 2003, S. 125.

Damit wiederum wird eine gewisse Vergleichbarkeit zu modernen Bewegungsorganisationen erleichtert, die sich weniger stark aus dem Gegensatz von Kapital und Arbeit herleiten lassen. Es eröffnen sich Anknüpfungspunkte an die sozialwissenschaftliche Forschung und Zivilgesellschaftsdebatte; Modelle und Methoden aus den Sozialwissenschaften stehen dann dem Historiker zur Verfügung. Fragen nach Kontinuität und Wandel, nach Vergleichbarkeit und Unvergleichbarkeit mit zivilgesellschaftlichen Bewegungen der Gegenwart ist damit ebenso eine Tür geöffnet wie zur sozialwissenschaftlichen Zivilgesellschaftsforschung. Die aktuelle Debatte über die Rolle der Zivilgesellschaft als Bezugspunkt, ja Identifikationspunkt, in einer sich wandelnden Gesellschaft wird historisch verankert und hinterfragt.

g) Hinzu kommen weitere Anregungen für die Arbeitergeschichtsforschung. Möglich wird etwa ein neuer Blick auf die Zielutopie „sozialistische Gesellschaft“ im Vergleich zur Zivilgesellschaft.¹⁴⁷ Sowohl im Bürgertum gab es mit dem Konzept der Bürgergesellschaft als auch in der Arbeiterschaft mit der Idee der sozialistischen Gesellschaft vom theoretischen Anspruch, von der Rhetorik und von der Publizistik her ein universalistisches Ziel mit der Vorgabe, „was eigentlich sein soll“.¹⁴⁸

Stärker in den Blick kommt außerdem die Frühgeschichte der Arbeiterbewegung von den 1830er bis in die 1870er Jahren, die bis zu Thomas Welskops Arbeit ein im Vergleich zum Kaiserreich spärlich bearbeitetes Feld war. Die frühe Arbeiterbewegung entstand zudem im nationalen Rahmen, verstand sich aber international.¹⁴⁹ Sie hat damit Berührungspunkte zu gegenwärtigen zivilgesellschaftlichen Akteuren, die ihre Aufgaben ebenfalls transnational definieren. Auch wenn der diachrone Vergleich mit zahlreichen Schwierigkeiten behaftet ist, besteht im einen oder anderen Fall doch die Möglichkeit, in der Analyse von zivilgesellschaftlichen Trägergruppen sich ihrer historischen Vorläufer zu erinnern und je nach Fragestellung in die Untersuchung einzubeziehen.¹⁵⁰

h) Schließlich perspektivisch gefragt: Wenn wir der Arbeiterbewegung eine hohe zivilgesellschaftliche Kraft zugestehen, die in ihrer Organisationsstruktur die im ADAV und den Geheimbünden vorhandenen „autoritären“ Entwicklungsstränge mit der Gründung der SAP im Jahr 1875 ad acta legte¹⁵¹, wie erklärt sich ihre Entwicklung,

¹⁴⁷ Siehe auch Weber, Sozialismus, 1989, bes. S. 31 ff.

¹⁴⁸ Siehe unten S. 40.

¹⁴⁹ Im Programm der SDAP hieß es 1869: „In Erwägung, dass die Befreiung der Arbeit weder eine lokale, noch nationale, sondern eine soziale Aufgabe ist, welche alle Länder, in denen es moderne Gesellschaft[en gibt], umfasst, betrachtet sich die sozial-demokratische Arbeiter-Partei soweit es die Vereinsgesetze gestatten, als Zweig der Internationalen Arbeiterassoziation, sich deren Bestrebungen anschließend“ (zit. n. Scharrer, Arbeiter, 1990, S. 189 f.).

¹⁵⁰ Siehe auch Rucht, Kapitalismuskritik, 2004, bes. S. 419 f.

¹⁵¹ Stangl, Sozialismus, 2002, S. 328.

Öffnung hin zu antizivilgesellschaftlichen Tendenzen im Kommunismus?¹⁵² Ist es der Ideologie des Sozialismus inhärent, ist es den historischen Zeitläuften von Krieg und Revolution am Ende des „langen 19. Jahrhunderts“ geschuldet oder ist eben auch den zivilgesellschaftlichen Komponenten der Arbeiterbewegung selbst eigen: Führen also Enttäuschungen über den ausbleibenden Erfolg trotz aller selbstvergessenen, auf das Gemeinwohl gerichteter Aktivitäten im Extremfall zur Radikalisierung?¹⁵³ Das Leipziger Bürgertum etwa sah sich nach der Revolution von 1918/19 in all seinen sozialen Bemühungen in der Armenfürsorge für die Unterschichten völlig enttäuscht und beschloss, fortan nur noch unter „seinesgleichen“ wirken zu wollen.¹⁵⁴ Sind solche Enttäuschungen, die in der Arbeiterbewegung noch viel stärker erlebt werden konnten, Grundlage für Radikalisierung? Gerade in der Arbeiterbewegung, die immer bewusst öffentlich agierte, auf der öffentlichen Bühne der Vereine und Versammlungen ihr ‚Bürger-Sein‘ ausleben konnte, mussten solche Enttäuschungen eben nicht zum Rückzug ins Private, in die Innerlichkeit führen, sondern konnten zur Radikalisierung führen. Vielleicht trug das Streben nach der ganzheitlichen Lösung, das als Extrem von Zivilgesellschaft und sozialistischer/kommunistischer Gesellschaft am Ende stehen konnte, zur Bildung des Anderen, des Feindes, des Gegenüber bei, den man dann auch bekämpfen musste. Wo liegen die Wendemarken, wo entstehen die Wegegabelungen, an denen sich zivilgesellschaftliches Engagement in sein Gegenteil verkehrt? Enttäuschung und Ausgrenzung, ein sich Abkapseln und damit verbundenes Abtrennen von Lern- und Öffnungsprozessen, Bedrohungserfahrungen und Bedrohungsängste sind solche Aspekte, die es zukünftig in der sozialistischen Arbeiterbewegung zu untersuchen gilt, um an dieser Fragestellung weiter zu kommen.

3. Konsequenzen für den Zivilgesellschaftsbegriff

Die letzten Bemerkungen leiteten bereits über auf Konsequenzen für den Zivilgesellschaftsbegriff.

a) Methodisch führt der zivilgesellschaftliche Zugriff auf die Analyseeinheit „Arbeiterbewegung“ zu einem Plädoyer für eine ‚multivariate‘ Vorgehensweise. Qualitatives, diskurs- und kulturwissenschaftliches Herangehen darf die quantitative Ebene nicht vernachlässigen – und umgekehrt. Es ist nicht nur wichtig zu wissen, worüber, in welcher Sprache, mit welchen Bildern und Metaphern argumentiert wurde, sondern auch wer diskutierte und wie viele diskutierten. Inklusion und Exklusion ist auch eine

¹⁵² Siehe oben S. 7, Anm. 31.

¹⁵³ Von einer völlig anderen Ausgangsbasis entwickelt Nina Verheyen die Problemstellung der Radikalisierung zivilgesellschaftlicher Entwürfe in Folge der Enttäuschung von „utopische[m] Erwartungsüberschuss“ (Verheyen, Diskutieren, 2003, S. 6 f.).

¹⁵⁴ Schäfer, Bürgertum, 2003, S. 304 f., 414.

quantitative Frage.¹⁵⁵ Andererseits reicht es nicht aus, Vereine und Vereinsmitglieder zu zählen. Wie wir spätestens seit Sheri Bermans Studie wissen, sagt die Anzahl und Vielfalt von Vereinen wenig über die zivilgesellschaftliche Ausrichtung sowohl der Vereine selbst wie ihrer sie umgebenden Gesamtgesellschaft aus.¹⁵⁶ Nimmt man die handlungslogische Definition von Zivilgesellschaft ernst, schließt sie auch (kollektiv)biographische Methoden ein. Motivationen, die zu zivilgesellschaftlichem Engagement führen, lassen sich aufschlüsseln.

b) Mit der konkreten Historisierung einer zivilgesellschaftlichen Trägergruppe werden die Idealisierungen, Ambivalenzen, Widersprüchlichkeiten und Schwächen der Zielutopie Zivilgesellschaft deutlich: Grundprobleme der Gesellschaft wie Freiheit, soziale Gleichheit/Gerechtigkeit bleiben auch in der Zivilgesellschaft ständig umkämpft, lösen sich nicht wie von selbst auf. Wie das Beispiel der Exklusion von Frauen und bestimmter Arbeitergruppen zeigt, bleiben zentrale Spannungslinien bestehen. Die Vorstellung der Selbsttätigkeit, des autonomen Handelns, des Betonens des Leistungsdenkens kann sogar problemverschärfend wirken – etwa im Bereich sozialer Ungleichheit.¹⁵⁷ Die frühe Arbeiterbewegung war nie eine Bewegung der Armen oder gar der Ärmsten, sondern derjenigen Arbeiter und Handwerker, die traditionelle Vorbilder der Organisation kannten, die leistungsbereit waren, sich an bürgerlichen Idealen orientierten, über Selbstbewusstsein verfügten – und sich mit diesen Verhaltensdispositionen bewusst vom „Pöbel“ absetzten. Aus dieser Absetzung resultierten Exklusionsmechanismen, die allerdings bei entsprechender Leistungs- und Anpassungsbereitschaft überwunden werden konnten.

Deutlich wurde auch, dass bei der Frage nach der zivilgesellschaftlichen Realität die unterschiedliche Ressourcenkapazität der Akteure zu berücksichtigen ist, die zu ungleichen Zugangschancen und zu unterschiedlichen Ausprägungen von zivilgesellschaftlichem Handeln führen konnte. Die Trägergruppe Arbeiterbewegung agierte im öffentlichen Raum und entsprach damit gängigen, heutigen Definitionen von zivilgesellschaftlichem Handeln. Da aber Schriftlichkeit, intensive Lektüre, Diskutieren in der Arbeiterschaft keine Selbstverständlichkeit darstellten, benutzte die frühe Arbeiterbewegung nicht nur die „klassische“ bürgerliche Öffentlichkeit der Presse, sondern darüber hinaus das Medium der Straße, der großen Volksversammlungen. Dabei wurde nicht allein der Überzeugungskraft des gesprochenen Wortes vertraut, sondern man vermittelte ein spürbares, erfahrbares Gemeinschaftserlebnis. Der Zugang und Umgang mit Ressourcen ist daher sowohl bei der Analyse zivilgesellschaftlicher Akteure als auch bei der Frage von Grenzen und Möglichkeiten zivilgesellschaftlichen Handelns von großer Bedeutung.

¹⁵⁵ Dieser Aspekt wird in dem voluminösen Werk Welskopps zur frühen Sozialdemokratie nur wenig berücksichtigt.

¹⁵⁶ Berman, *Civil Society and the Collapse of the Weimar Republic*, 1997, S. 401-429.

¹⁵⁷ Andererseits sind für zivilgesellschaftliches Handeln Ungleichheiten durchaus auch handlungsfördernd. Siehe zum ambivalenten Verhältnis von Zivilgesellschaft und sozialer Ungleichheit Nolte, *Zivilgesellschaft* 2001; ders., *Zivilgesellschaft*, 2003; siehe auch S. 33, Anm. 141.

c) Die Verknüpfung von Modell und Empirie hinsichtlich der bereichs- und handlungslogischen Zugangsweise machte Chancen und Grenzen beider Varianten deutlich. Meiner Ansicht nach engt die Bereichsdefinition den Zivilgesellschaftsbegriff stark auf Assoziationen und Vergemeinschaftungen ein. Wie aber gerade der Blick auf die Arbeiterschaft zeigt, gab es informelle Netzwerke der gegenseitigen Unterstützung, sei es in Form von Nachbarschaftshilfe, familialer Netzwerke oder des solidarischen Beistands im Betrieb im Konfliktfall. Daran schließt sich die Frage an, ob und inwieweit diese Aktionen zivilgesellschaftlich verortet werden können. Ein Zugriff über die handlungsbezogene und normative Definition erlaubt in dem einen oder anderen Fall zwar eine gewisse Präzisierung. Insgesamt muss das Zivilgesellschaftskonzept mit einer gewissen Vagheit zurechtkommen – und kann dies auch produktiv nutzen.

d) Wie stark dürfen zivilgesellschaftliche Akteure vernetzt sein; wie einheitlich darf ihre Zielrichtung sein? Detlef Pollack etwa sah zivilgesellschaftliche Akteure gerade dadurch gekennzeichnet, dass sie „keine handlungsfähige Einheit, kein kollektiver Akteur“ sind, ihnen eine „Instanz (fehlt), die kollektiv verbindliche Entscheidungen [...] treffen könnte“ und sie demnach auch kein einheitliches Ziel verfolgen.¹⁵⁸ Nach dieser Definition würde die Arbeiterbewegung als Zivilgesellschaftsakteur nicht in Frage kommen. Jedoch scheint mir dieses Definitionsmerkmal den Zivilgesellschaftsbegriff zu stark einzuengen. Denn unter diesem Gesichtspunkt wären auch die auf die Zielutopie der „Bürgergesellschaft“ ausgerichteten bürgerlichen Bestrebungen des 19. Jahrhunderts nicht zivilgesellschaftlich verankert. Auch heutige Zivilgesellschaftsakteure haben Fixpunkte, auf die sie ihr Bestreben hin ausrichten. Eine Pluralität der Wege, eine unideologische, praxisorientierte Zugangsweise, eine Anerkennung anderer Zielpunkte scheinen mir hier treffendere Definitionsansätze zu sein, in die sich dann auch wieder die Arbeiterbewegung – durchaus in dem Spannungsverhältnis von staatsbürgerlicher Teilhabe und milieuverdichteter Abschottung – einfügt.

Darüber hinaus wird deutlich, dass eine scharfe Grenzziehung zwischen Gemeinschaft und Zivilgesellschaft nicht ohne weiteres möglich ist. Während man Gemeinschaften durch ihre soziale Nähe, die Fixierung auf ein Weltbild und ihre hochgradige Interessenübereinstimmung starke Abschottungs- und Abgrenzungsmechanismen zuschreibt, gilt die Zivilgesellschaft demgegenüber als offen, ja grenzenlos. Wie wir gesehen haben, konnte aber in der Gemeinschaft des sozialdemokratischen Milieus – gekennzeichnet durch soziale Nähe, Gemeinsamkeit von Weltbildern und Interessenkonvergenz – durchaus zivilgesellschaftliches Handeln gedeihen. Es zeichnen sich hier Überschneidungsflächen von Gemeinschafts- und Zivilgesellschaftsbegriffen ab. Umgekehrt ist zivilgesellschaftliches Handeln keineswegs zwingend auf die enge gemeinschaftliche Verknüpfung angewiesen, sondern kann sich auch mit der „Anerkennung von Verfahrensregeln“ statt mit Weltbildgleichheit, mit Kompromissbereitschaft statt

¹⁵⁸ Pollack, Zivilgesellschaft, 2003, S. 51.

Interessenkonvergenz, mit Empathie statt „vorbehaltloser Identifikation“ zufrieden geben.¹⁵⁹

e) Sowohl in der bürgerlichen Vereinsbewegung als auch in der Arbeiterbewegung zeichneten sich jeweils zivilgesellschaftliche Verhaltensweisen ab; beide Bewegungen lassen sich über Bereichsdefinitionen bestimmen. Welche Konsequenzen hat dieses Ergebnis für den Zivilgesellschaftsbegriff? Müssen wir von Varianten des Zivilgesellschaftsbegriffes ausgehen? Gibt es Parallel-Zivilgesellschaften? Ist es also gar nicht sinnvoll, von „der“ Zivilgesellschaft zu sprechen? Ohne Frage bildete die Arbeiterbewegung eine eigene Form von Öffentlichkeit mit eigenständigen Medien, Journalisten, Redakteuren, Netzwerken, Vereinen und Organisationen heraus, die auch als „Gegenöffentlichkeit“ oder „proletarische Öffentlichkeit“ beschrieben worden ist.¹⁶⁰ Gibt es demnach auch eine proletarische, eine zweite Zivilgesellschaft? Dies würde jedoch den Zivilgesellschaftsbegriff lediglich an den sozialen Zuschreibungskategorien seiner Akteure festmachen. Dies reicht nicht aus. Wie dieses „discussion paper“ gezeigt hat, macht es durchaus Sinn, nach unterschiedlichen Trägern der Zivilgesellschaft zu fragen und dabei festzustellen, dass dieselben Akteure zugleich zivilgesellschaftlich und nichtzivilgesellschaftlich (als Klassenkämpfer etwa) handelten. Dabei kann man jedoch nicht stehen bleiben, sondern muss sowohl auf die universalistischen Zielsetzungen des Zivilgesellschaftskonzepts und deren Realisierung blicken als auch auf die allgemeingültigen Handlungslogiken von Zivilgesellschaft. Inklusion, Partizipation, Toleranz, demokratische Strukturen, Freiwilligkeit und Gewaltverzicht müssen dann bei den verschiedenen Trägergruppen klar zu erkennen sein, auch wenn sich manche Inhalte je nach Trägergruppe verschieben können. Die Arbeiterbewegung war eben auch eine Klassenbewegung, keineswegs nur eine „Zivilgesellschaftsbewegung“ – von daher sind die eingangs zitierten Einschätzungen zur frühen Arbeiterbewegungen Idealisierungen zur Identitätsbildung in einer postsozialistischen Umgebung.

All diese Beispiele zeigen: das Konzept Zivilgesellschaft ist keineswegs als harmonisches Wolkenkuckucksheim zu lesen,¹⁶¹ sondern enthält enorme Sprengkraft und Disharmonien. Außerdem schafft es durch seine relative Vagheit – ein Vorwurf, dem sich viele sozialwissenschaftliche Begriffe ausgesetzt sehen – eine Voraussetzung, die jede Grundlagenforschung auszeichnet: es fordert zum genauen Beobachten, zum differenzierten Analysieren auf. Das Konzept Zivilgesellschaft besitzt daher eine hohe Differenzierungsfunktion, die mit einer – normativ aufgeladenen – Deutungsfunktion einher geht. Angewendet auf den historischen Akteur Arbeiterbewegung eröffnen sich so neue Perspektiven und Anregungen in der Erforschung der Arbeiter-

¹⁵⁹ Vgl. Gosewinkel/Rucht, *History meets Sociology*, 2004, S. 50. Ich profitierte bei dieser Fragestellung auch von den Diskussionen in der AG PÖM im WZB.

¹⁶⁰ Negt/Kluge, *Öffentlichkeit und Erfahrung*, 1972.

¹⁶¹ Siehe die scharfe Kritik bei Heins, *Das Andere*, 2002, S. 7-17.

bewegung (und anderer sozialer Bewegungen und Trägergruppen) als auch auf das Konzept der Zivilgesellschaft selbst.

V. Quellen- und Literaturverzeichnis

1. Quellen

Allgemeine Arbeiter-Zeitung. Organ für die politischen und sozialen Interessen des arbeitenden Volkes, zugleich Zeitung des Arbeiter-Vereins zu Frankfurt am Main 1848, ND Frankfurt am Main 1968.

Allgemeine Zeitung (Augsburg) 1865-1868.

Berichte der Handelskammer Bielefeld 1866-1875.

Berichte der Handelskammer Hagen 1866-1875.

Berichte über die Verhandlungen der Vereinstage deutscher Arbeitervereine 1863 bis 1869. ND hg. v. Dieter Dowe, Berlin/Bonn 1980.

Bock, Wilhelm: Im Dienste der Freiheit. Freud und Leid aus sechs Jahrzehnten Kampf und Aufstieg, Berlin 1927.

Der Botschafter. Organ der deutschen Cigarrenarbeiter. 1867-1871. Ein Reprint der Gewerkschaft Nahrung – Genuss – Gaststätten. Hrsg. von Willy Buschak, Hamburg 1990.

Das große Conversations-Lexikon, hg. v. J. Meyer, Hildburghausen 1842, Abt. 1, Bd. 7,2.

Demokratisches Wochenblatt. Organ der deutschen Volkspartei und des Verbandes Deutscher Arbeitervereine 1868/1869.

Deutsche Arbeiterhalle 1867/1868, ND hg. von Dieter Dowe, Berlin/Bonn 1980.

Fischer, Ilse (Hg.): August Bebel und der Verband Deutscher Arbeitervereine 1867/1868. Brieftagebuch und Dokumente, Bonn 1994.

Fontane, Emilie und Theodor: Die Zuneigung ist etwas Rätselvolles. Der Ehebriefwechsel 1873-1898, hrsg. v. Gotthard Erler unter Mitarbeit von Therese Erler, Berlin 1998.

Freiheit, Brüderlichkeit, Arbeit. Organ des Arbeitervereins Köln 1848/1849, ND Berlin/Bonn 1980.

Gesellschaftsspiegel. Organ zur Vertretung der besitzlosen Volksklassen und zur Beleuchtung der gesellschaftlichen Zustände der Gegenwart, 2 Bände (1845/46), ND Glashütten im Taunus 1971.

Neuer Sozial-Demokrat. Organ des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, des Arbeiterunterstützungsverbandes und des Allgemeinen Deutscher Maurer-Vereins, 1871-1876.

Protokolle der sozialdemokratischen Arbeiterpartei. Band I (Eisenach 1869 – Coburg 1874), Bd. II (Gotha 1875 – St. Gallen 1887), Bonn-Bad Godesberg/Glashütten im Taunus 1976.

- Rodbertus, Johann Carl: Offener Brief an das Comité des Deutschen Arbeitervereins zu Leipzig, 1863, in: Ders.: Gesammelte Werke und Briefe. Hrsg. v. Th. Ramm, Osnabrück 1971.
- Sand im Getriebe. Internationaler deutschsprachiger Rundbrief der Attac-Bewegung, Nr. 11/2002 vom 29.5.2002.
- Schulze-Delitzsch, Hermann: Schriften und Reden. Hrsg. von F. Thorwart, Berlin 1910, ND Frankfurt am Main 1990.
- Der Social-Demokrat. Organ des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, 1865-1871.
- Stadtarchiv Erfurt, Bestand 1-2/124-1.
- Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv Berlin (SAPMO-BA), Abt. Frühe Arbeiterbewegung, Bestand NY 4022.
- Die Verbrüderung. Correspondenzblatt aller deutschen Arbeiter 1848-1850, ND Leipzig 1975.
- Der Volksstaat. Organ der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der Internationalen Gewerksgenossenschaften 1869-1876, ND Leipzig 1971.
- Zeitung des Arbeiter-Vereines zu Köln 1848, ND Glashütten im Taunus 1976.

2. Literatur

- Abbott, John: The Village Goes Public. Peasants and Press in Nineteenth-Century Altbayern, in: Trentmann (Hg.), *Paradoxes*, 2000, S. 223-243.
- Aldenhoff, Rita: Schulze-Delitzsch. Ein Beitrag zur Geschichte des Liberalismus zwischen Revolution und Reichsgründung, Baden-Baden 1984.
- Alexander, Jeffrey C.: Citizen and Enemy as Symbolic Classification: On the Polarising Discourse of Civil Society, in: Ders. (Hg.), 1998, S. 96-114.
- Alexander, Jeffrey C. (Hg.): *Real Civil Societies. Dilemmas of Institutionalization*, London u. a. 1998.
- Bauerkämper, Arnd: Einleitung: Die Praxis der Zivilgesellschaft. Akteure und ihr Handeln in historisch-sozialwissenschaftlicher Perspektive, in: Ders. (Hg.), *Praxis*, 2003, S. 7-30.
- Bauerkämper, Arnd (Hg.): *Die Praxis der Zivilgesellschaft. Akteure, Handeln und Strukturen im internationalen Vergleich*, Frankfurt am Main/New York 2003.
- Beck, Hermann: *The Origins of the Authoritarian Welfare State in Prussia. Conservatives, bureaucracy, and the social question*, Ann Arbor 1995.
- Berman, Sheri: *Civil Society and the Collapse of the Weimar Republic*, in: *World Politics* 49 (April 1997), S. 401-429.
- Bevir, Mark: *Socialism, Civil Society, and the State in Modern Britain*, in: Trentmann (Hg.), *Paradoxes*, 2000, S. 332-351.

- Birker, Karl: Die deutschen Arbeiterbildungsvereine 1840 – 1870. Mit einem Vorwort von Ernst Schraepler, Berlin 1973.
- Braun, Sebastian: Solidarität, Gemeinwesen, Gemeinwohl – das Assoziationswesen in aktuellen Diskursen, voraussichtlich in: Helmut Anheier/Volker Then (Hg.): Zwischen Eigennutz und Gemeinwohl. Neue Formen und Wege der Gemeinnützigkeit, Opladen 2004 (Ms. 2003).
- Brodkorb, Mathias: Repressive Modernisierung mangels Arbeit? Zu Gerhard Schröders Projekt einer zivilen Bürgergesellschaft, in: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte 47 (2000), Heft 7/8, S. 459-462.
- Budde, Gunilla-Friederike: Das Öffentliche des Privaten. Die Familie als zivilgesellschaftliche Kerninstitution, in: Bauerkämper (Hg.), Praxis, 2003, S. 57-75.
- Cohen, Jean L./Andrew Arato: Civil Society and Political Theory, Cambridge/London 1992.
- Colas, Dominique: Civil Society and Fanaticism. Conjoined Histories, Stanford, California 1997.
- Conze, Werner: Arbeiter, in: Geschichtliche Grundbegriffe, Stuttgart 1972 (Nachdruck 1979), Bd. 1, S. 216-242.
- Conze, Werner: Vom „Pöbel“ zum „Proletariat“. Sozialgeschichtliche Voraussetzungen für den Sozialismus in Deutschland, in: Wolfram Fischer/Frank Bajohr (Hg.): Die Soziale Frage. Neuere Studien zur Lage der Fabrikarbeiter in den Frühphasen der Industrialisierung, Stuttgart 1967, S. 17-48 (Erstveröffentlichung 1954).
- Deppe, Rainer/Helmut Dubiel/Ulrich Rödel (Hg.): Demokratischer Umbruch in Osteuropa, Frankfurt am Main 1991.
- Ehrke, Michael: Zivilgesellschaft und Sozialdemokratie, Bonn 2000.
- Eisenberg, Christiane: Arbeiter, Bürger und der „bürgerliche Verein“ 1820-1870. Deutschland und England im Vergleich, in: Kocka (Hg.), Bürgertum, 1995, Bd. 3, S. 48-80 (Erstausgabe 1988).
- Elias, Norbert: Über den Prozess der Zivilisation. Soziogenetische und psychogenetische Untersuchungen. Erster Band: Wandlungen des Verhaltens in den weltlichen Oberschichten des Abendlandes, Zweiter Band: Wandlungen der Gesellschaft. Entwurf zu einer Theorie der Zivilisation, Frankfurt am Main ⁸1981/1982.
- Euchner, Walter u. a.: Geschichte der sozialen Ideen in Deutschland. Sozialismus – Katholische Soziallehre – Protestantische Sozialethik. Ein Handbuch. Hrsg. v. Helga Grebing, Essen 2000.
- Evers, Adalbert: Bürgergesellschaft und soziales Kapital. Die politische Leerstelle im Konzept Robert Putnams, in: Haus (Hg.), Bürgergesellschaft, 2002, S. 59-75.
- Gellner, Ernest: The Importance of Being Modular, in: Hall (Hg.), Civil Society, 1995, S. 32-55.

- Gosewinkel, Dieter/Dieter Rucht: „History meets Sociology“ Zivilgesellschaft als Prozess, in: Gosewinkel/Rucht/van den Daele/Kocka (Hg.), Zivilgesellschaft, 2004, S. 29-60.
- Gosewinkel, Dieter: Zivilgesellschaft – eine Erschließung des Themas von seinen Grenzen her, Berlin 2003 (WZB Discussion Paper).
- Gosewinkel, Dieter/Dieter Rucht/Wolfgang van den Daele/Jürgen Kocka (Hg.), Zivilgesellschaft – national und transnational, Berlin 2004.
- Gosewinkel, Dieter/Sven Reichardt (Hg.): Ambivalenzen der Zivilgesellschaft. Gegenbegriffe, Gewalt und Macht, Berlin 2004 (WZB Discussion paper).
- Gotthardt, Christian: Die Entstehung der Arbeiterbewegung in Harburg (1857-1869), Hamburg-Harburg 1991.
- Grebing, Helga: Arbeiterbewegung. Sozialer Protest und kollektive Interessenvertretung bis 1914, München ²1987.
- Groh, Dieter: Negative Integration und revolutionärer Attentismus. Die deutsche Sozialdemokratie am Vorabend des Ersten Weltkrieges, Frankfurt am Main u. a. 1973.
- Hachtmann, Rüdiger: Berlin 1848. Eine Politik- und Gesellschaftsgeschichte der Revolution, Berlin 1997.
- Hall, Peter (Hg.): Civil Society. Theory, History, Comparison, Cambridge 1995.
- Hall, Peter: In Search of Civil Society, in: Ders. (Hg.), Civil Society, 1995, S. 1-31.
- Hall, Peter: Sozialkapital in Großbritannien, in: Robert D. Putnam (Hg.): Gesellschaft und Gemeinsinn. Sozialkapital im internationalen Vergleich, Gütersloh 2001, S. 45-113.
- Hasenöhl, Ute/Nina Verheyen: Zivilgesellschaft: Historische Forschungsperspektiven, Tagungsbericht, 4.5.2003
(<http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.d/tagungsberichte/id=215>)
- Hasenöhl, Ute: Zivilgesellschaft und ziviler Ungehorsam. Begrenzte Regelverletzung und Gewaltfreiheit in der bundesdeutschen Anti-AKW-Bewegung, in: Gosewinkel/Rucht/van den Daele/Kocka (Hg.), Zivilgesellschaft, 2004, S. 83-102.
- Haug, Fritz Wolfgang: „Zivilgesellschaft bildet sich, indem wir uns einmischen“, in: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, 48 (2001), Heft 4, S. 232-235.
- Haus, Michael (Hg.): Bürgergesellschaft, soziales Kapital und lokale Politik. Theoretische Analysen und empirische Befunde, Opladen 2002.
- Haus, Michael: Einleitung: Lokale Politikforschung als Frage nach Bürgergesellschaft und sozialem Kapital, in: Ders. (Hg.), Bürgergesellschaft, 2002, S. 9-29.
- Heins, Volker: Das Andere der Zivilgesellschaft. Zur Archäologie eines Begriffs, Bielefeld 2002.
- Hettling, Manfred/Stefan-Ludwig Hoffmann: Zur Historisierung bürgerlicher Werte. Einleitung, in: Dies. (Hg.), Wertehimmel, 2000, S. 7-21.

- Hettling, Manfred/Stefan-Ludwig Hoffmann (Hg.): Der bürgerliche Wertehimmel. Innenansichten des 19. Jahrhunderts, Göttingen 2000, S. 7-21.
- Hirschman, Albert O.: Abwanderung und Widerspruch. Reaktionen auf Leistungsabfall bei Unternehmungen, Organisationen und Staaten, Tübingen 1974.
- Hirschman, Albert O.: Abwanderung, Widerspruch und das Scheitern der Deutschen Demokratischen Republik. Ein Beitrag zur konzeptionellen Geschichte, in: Leviathan. Zeitschrift für Sozialwissenschaft 20 (1992), S. 330-359.
- Hörmann, Karl: Sittlichkeit, in: Ders. (Hg.): Lexikon der christlichen Moral, Innsbruck u. a. 1976, Sp. 1441-1443.
- Hunt, Louis: Civil Society and the Idea of a Commercial Republic, in: Michael G. Schlechter (Hg.): The Revival of Civil Society. Global and Comparative Perspectives, Basingstoke u. a. 1999.
- Jessen, Ralph/Sven Reichardt/Ansgar Klein (Hg.): Zivilgesellschaft als Geschichte. Studien zum 19. und 20. Jahrhundert, voraussichtlich Opladen 2004.
- Joas, Hans: Ungleichheit in der Bürgergesellschaft. Über einige Dilemmata des Gemeinnsinns, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 25-26/2001, S. 15-23.
- Kaelble, Hartmut: Gibt es eine europäische Zivilgesellschaft? In: Gosewinkel/Rucht/van den Daele/Kocka (Hg.), Zivilgesellschaft, 2004, S. 267-284.
- Keane, John: Civil Society. Old Images, New Visions, Cambridge 1998.
- Kocka, Jürgen: Arbeitsverhältnisse und Arbeiterexistenzen. Grundlagen der Klassenbildung im 19. Jahrhundert, Bonn 1990.
- Kocka, Jürgen (Hg.): Bürgertum im 19. Jahrhundert. Deutschland im europäischen Vergleich. Eine Auswahl, 3 Bände, Göttingen 1995.
- Kocka, Jürgen: Gewerkschaften und Zivilgesellschaft – Dimensionen eines Konfliktverhältnisses, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 54 (2003), S. 610-616.
- Kocka, Jürgen: Lohnarbeit und Klassenbildung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in Deutschland 1800-1875, Berlin/Bonn 1983.
- Kocka, Jürgen: Nachwort: Zivilgesellschaft. Begriff und Ergebnisse der historischen Forschung, in: Bauerkämper (Hg.), Praxis, 2003, S. 429-439.
- Kocka, Jürgen/Paul Nolte/Shalini Randeria/Sven Reichardt: Neues über Zivilgesellschaft. Aus historisch-sozialwissenschaftlichem Blickwinkel, Berlin 2001 (WZB Arbeitspapier).
- Kocka, Jürgen: Zivilgesellschaft als historisches Problem und Versprechen, in: Manfred Hildermeier/Jürgen Kocka/Christoph Conrad (Hg.): Europäische Zivilgesellschaft in Ost und West. Begriff, Geschichte, Chancen, Frankfurt am Main/New York 2000, S. 13-39.
- Kocka, Jürgen: Zivilgesellschaft in historischer Perspektive, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen 16 (2003), S. 29-37.

- Kocka, Jürgen: Zivilgesellschaft. Zum Konzept und seiner sozialgeschichtlichen Verwendung, in: Kocka/Nolte/Randeria/Reichardt, Neues über Zivilgesellschaft, 2001, S. 4-21.
- Koselleck, Reinhart/Ernst Wolfgang Orth: Interesse, in: Geschichtliche Grundbegriffe, Stuttgart 1972 (Nachdruck 1979), Bd. 3, S. 305-365.
- Krämer, Gerd: „Bollwerk der Sozialisten des Nordens“. Die Anfänge der Altonaer Arbeiterbewegung bis 1875, Hamburg 1997.
- Krey, Ursula: Vereine in Westfalen 1840-1855. Strukturwandel, soziale Spannungen, kulturelle Entfaltung, Paderborn 1993.
- Lehnert, Detlef: Sozialdemokratie zwischen Protestbewegung und Regierungspartei 1848 – 1983, Frankfurt am Main 1983.
- Lieske, Adina: Bildung und öffentliche Partizipation. Sozialdemokratische Bildungsaktivitäten in Leipzig und Pilsen vor 1914, in: Bauerkämper (Hg.), Praxis, 2003, S. 105-130.
- Marsiske, Hans-Arthur: „Wider die Umsonstfresser“. Der Handwerkerkommunist Wilhelm Weitling. Einführung von Waltraud Seidl-Höppner: Zu einigen theoretischen Fragen der neuen Weitling-Forschung, Hamburg 1986.
- Mesenhöller, Mathias: Zivilgesellschaft und Ständegesellschaft. Überlegungen am Beispiel Kurlands im 19. Jahrhundert, in: Bauerkämper (Hg.), Praxis, 2003, S. 131-160.
- Michels, Robert: Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie. Untersuchungen über die oligarchischen Tendenzen des Gruppenlebens. Hrsg. und mit einer Einführung von Frank R. Pfetsch, Stuttgart 1989 (Erstveröffentlichung 1910).
- Mouzelis, Nicos: Modernity, Late Development and Civil Society, in: Hall (Hg.), Civil Society, 1995, S. 224-249.
- Negt, Oskar/Alexander Kluge: Öffentlichkeit und Erfahrung. Zur Organisationsanalyse von bürgerlicher und proletarischer Öffentlichkeit, Frankfurt am Main 1972.
- Nolte, Paul: Zivilgesellschaft und soziale Ungleichheit. Ein historisch-sozialwissenschaftlicher Problemaufriss, in: Kocka/Nolte/Randeria/Reichardt, Neues über Zivilgesellschaft, 2001, S. 22-44.
- Nolte, Paul: Zivilgesellschaft und soziale Ungleichheit, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen 16 (2003), S. 38-45.
- Novy, Klaus/Michael Prinz: Illustrierte Geschichte der Genossenschaften. Wirtschaftliche Selbsthilfe in der Arbeiterbewegung von den Anfängen bis 1945, Berlin/Bonn 1985.
- Offermann, Toni: Arbeiterbewegung und liberales Bürgertum in Deutschland 1850-1863, Bonn 1979.
- Offermann, Toni: Die erste deutsche Arbeiterpartei. Organisation, Verbreitung und Sozialstruktur von ADAV und LADAV 1863-1871, Bonn 2002.

- Parisius, Bernhard: Vom Groll der „kleinen Leute“ zum Programm der kleinen Schritte. Arbeiterbewegung im Herzogtum Oldenburg 1840-1890, Oldenburg 1985.
- Pollack, Detlef: Zivilgesellschaft und Staat in der Demokratie, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen 16 (2003), S. 46-58.
- Priller, Eckard/Annette Zimmer: Dritte-Sektor-Organisationen zwischen „Markt“ und „Mission“, in: Gosewinkel/Rucht/van den Daele/Kocka (Hg.), Zivilgesellschaft, 2004, S. 105-127.
- Priller, Eckhard/Annette Zimmer: Wachstum und Wandel des Dritten Sektors in Deutschland, in: Dies. (Hg.): Der Dritte Sektor international: Mehr Markt – weniger Staat?, Berlin 2001, S. 199-228.
- Prinz, Michael: Brot und Dividende. Konsumvereine in Deutschland und England vor 1914, Göttingen 1996.
- Putnam, Robert D.: „Bowling Alone: America’s Declining Social Capital“, in: Journal of Democracy 6 (1995), S. 65-78.
- Reichardt, Sven: Gewalt und Zivilität im Wandel. Konzeptionelle Überlegungen zur Zivilgesellschaft aus historischer Perspektive, in: Gosewinkel/Rucht/van den Daele/Kocka (Hg.), Zivilgesellschaft, 2004, S. 61-82.
- Reichardt, Sven: Soziales Kapital „im Zeitalter materieller Interessen“. Konzeptionelle Überlegungen zum Vertrauen in der Zivil- und Marktgesellschaft des langen 19. Jahrhunderts (1780-1914), Berlin 2003 (WZB discussion paper).
- Riedel, Manfred: Bürger, Staatsbürger, Bürgertum, in: Geschichtliche Grundbegriffe, Stuttgart 1972 (Nachdruck 1979), Bd. 1, S. 672-725.
- Riedel, Manfred: Gesellschaft, bürgerliche, in: Geschichtliche Grundbegriffe, Stuttgart 1972 (Nachdruck 1979), Bd. 2, S. 719-800.
- Ritter, Gerhard A.: Staat und Arbeiterschaft in Deutschland von der Revolution 1848/49 bis zur nationalsozialistischen Machtergreifung, in: Ders.: Arbeiter, Arbeiterbewegung und soziale Ideen in Deutschland. Beiträge zur Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, München 1996, S. 67-90 (Erstveröffentlichung 1980).
- Roth, Roland: Die dunklen Seiten der Zivilgesellschaft, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen 16 (2003), S. 59-73.
- Rueschemeyer, Dietrich/Evelyn Huber Stephens/John D. Stephens: Capitalist Development and Democracy, Cambridge/Oxford 1992.
- Rucht, Dieter: Kapitalismuskritik im Namen der globalisierungskritischen Zivilgesellschaft – alter Wein in neuen Schläuchen? In: Gosewinkel/Rucht/van den Daele/Kocka (Hg.), Zivilgesellschaft, 2004, S. 411-433.
- Schäfer, Michael: Bürgertum in der Krise. Städtische Mittelklassen in Edinburgh und Leipzig von 1890 bis 1930, Göttingen 2003.
- Scharrer, Manfred: Arbeiter und die Idee von den Arbeitern. 1848 bis 1869, Köln 1990.

- Schieder, Wolfgang: Anfänge der deutschen Arbeiterbewegung. Die Auslandsvereine im Jahrzehnt nach der Julirevolution von 1830, Stuttgart 1963.
- Schmidt, Jürgen: Politik und Lebenswelt. Erfurts Arbeiter und Bürger im Spannungsfeld der Reichstagswahlen des Kaiserreichs (1871-1914), in: Mitteilungen des Vereins für die Geschichte und Altertumskunde von Erfurt 62 (2001), Neue Folge Heft 9, S. 161-185.
- Schmidt, Jürgen: Eine preußische Stadt in Thüringen. Erfurts Arbeiter und Bürger im Kaiserreich, Diss. phil. FU Berlin 2002 (voraussichtlich Göttingen 2004).
- Schröder, Gerhard: Die zivile Bürgergesellschaft. Anregungen zu einer Neubestimmung der Aufgaben von Staat und Gesellschaft, in: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte 47 (2000), Heft 4, S. 200-207.
- Schröder, Gerhard/Jürgen Kocka/Friedhelm Neidhardt (Hg.): Progressive Governance for the XXI Century. Contribution to the Berlin conference, München u. a. 2002.
- Siemann, Wolfram: Die deutsche Revolution von 1848/49, Frankfurt am Main 1985.
- Stangl, Christine: Sozialismus zwischen Partizipation und Führung. Herrschaftsverständnis und Herrscherbild der sozialistischen deutschen Arbeiterbewegung von den Anfängen bis 1875, Berlin 2002.
- Strob, Burkhard: Der vereins- und verbandorganisierte Sport. Ein Zusammenschluss von (Wahl)Gemeinschaften? Ein Analysemodell auf der Grundlage des Dritte-Sektor-Ansatzes, Münster 1999.
- Tenfelde, Klaus: Civil Society and the Middle Classes in Nineteenth-Century Germany, in: Nancy Bermeo/Philip Nord (Hg.): Civil Society Before Democracy. Lessons from Nineteenth-Century Europe, Lanham u. a. 2000.
- Tennstedt, Florian: Sozialgeschichte der Sozialpolitik in Deutschland. Vom 18. Jahrhundert bis zum Ersten Weltkrieg, Göttingen 1981.
- Thaa, Winfried: Die Wiedergeburt des Politischen. Zivilgesellschaft und Legitimitätskonflikt in den Revolutionen von 1989, Opladen 1996.
- Trentmann, Frank (Hg.): Paradoxes of Civil Society. New Perspectives on Modern German and British History, New York/Oxford 2000.
- Verheyen, Nina: Diskutieren in der frühen Bundesrepublik. Zur Kulturgeschichte des „besseren Arguments“ zwischen Re-education und Studentenbewegung, Berlin 2003 (WZB discussion paper).
- Volkman, Heinrich: Die Arbeiterfrage im preußischen Abgeordnetenhaus 1848-1869, Berlin 1968.
- Weber, Petra: Sozialismus als Kulturbewegung. Frühsozialistische Arbeiterbewegung und das Entstehen zweier feindlicher Brüder Marxismus und Anarchismus, Düsseldorf 1989.
- Wehler, Hans-Ulrich: Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Dritter Band: Von der „Deutschen Doppelrevolution“ bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges 1849-1914, München 1995.

- Welskopp, Thomas: Das Banner der Brüderlichkeit. Die deutsche Sozialdemokratie vom Vormärz bis zum Sozialistengesetz, Bonn 2000.
- Welskopp, Thomas: „Manneszucht“ und „Selbstbeherrschung“. Zivilgesellschaftliche Werte in der deutschen Sozialdemokratie, 1848-1878, in: Jessen/Reichardt/Klein (Hg.), Zivilgesellschaft, Opladen 2004.
- Weßels, Bernhard: Die Entwicklung der Zivilgesellschaft in Mittel- und Osteuropa: Intermediäre Akteure, Vertrauen und Partizipation, in: Gosewinkel/Rucht/van den Daele/Kocka (Hg.), Zivilgesellschaft, 2004, S. 173-198.
- Wex, Thomas: Der Nonprofit-Sektor der Organisationsgesellschaft, Wiesbaden 2003.

Schriftenreihe der Arbeitsgruppe Zivilgesellschaft:
historisch-sozialwissenschaftliche Perspektiven

Discussion Papers

2001

P01-801 JÜRGEN KOCKA, PAUL NOLTE, SHALINI RANDERIA, SVEN REICHARDT:
Neues über Zivilgesellschaft aus historisch-sozialwissenschaftlichem
Blickwinkel, 104 S.

2003

SP IV 2003-501 GABRIELLA ROSEN: Science and Civil Society: Lessons from an
Organization at the Borderland, 53 S.

SP IV 2003-502 SHALINI RANDERIA: Between Cunning States and Unaccountable
International Institutions: Social Movements and Rights of Local
Communities to Common Property Resources, 30 S.

SP IV 2003-503 SVEN REICHARDT: Soziales Kapital "im Zeitalter materieller
Interessen". Konzeptionelle Überlegungen zum Vertrauen in der
Zivil- und Marktgesellschaft des langen 19. Jahrhunderts (1780-
1914), 20 S.

SP IV 2003-504 NINA VERHEYEN: Diskutieren in der frühen Bundesrepublik: Zur
Kulturgeschichte des „besseren Arguments“ zwischen Re-education
und Studentenbewegung, 22 S.

SP IV 2003-505 DIETER GOSEWINKEL: Zivilgesellschaft – eine Erschließung des
Themas von seinen Grenzen her, 31 S.

SP IV 2003-506 UTE HASENÖHRL: Zivilgesellschaft und Protest. Zur Geschichte der
Umweltbewegung in der Bundesrepublik Deutschland zwischen 1945
und 1980 am Beispiel Bayerns, 25 S.

2004

SP IV 2004-501 DIETER GOSEWINKEL / SVEN REICHARDT: Ambivalenzen der
Zivilgesellschaft. Gegenbegriffe, Gewalt und Macht, 86 S.

Bei Ihren Bestellungen von WZB-Papers schicken Sie, bitte, unbedingt einen an Sie adressierten Aufkleber mit, sowie je Paper eine Briefmarke im Wert von Euro 0,51 oder einen "Coupon Réponse International" (für Besteller aus dem Ausland).

Please send a **self-addressed label** and **postage stamps in the amount of 0,51 Euro** or a "**Coupon-Réponse International**" (if you are ordering from outside Germany) for **each** WZB-Paper requested.

Bestellschein

Order Form

Wissenschaftszentrum Berlin
für Sozialforschung gGmbH
PRESSE- UND INFORMATIONSDIREKTORAT
Reichpietschufer 50

Absender • Return Address:

D-10785 Berlin

<i>Hiermit bestelle ich folgende(s) Discussion Paper(s)</i> ● <i>Please send me the following Discussion Paper(s)</i> Autor(en) / Kurztitel ● Author(s) / Title(s) in brief	Bestellnummer ● Order no.